

AUFBRÜCHE. DEMOKRATIE IN HESSEN.



80
JAHRE
HESSEN

80 Jahre gelebte
Demokratie.

hlz.hessen.de

Hessische Landeszentrale
für politische Bildung

HESSEN



04 Aufbrüche.
Demokratie in Hessen.

06 Vorboten der
Demokratie

10 Gleichberechtigung
in der Demokratie

14 Überleben
in Trümmern

18 So wird Hessen
gegründet

22 Rock'n'Roll und
Stacheldraht

26 Das Wirtschafts-
wunderland

30 Mut und Menschlichkeit
gegen Terror und Mord

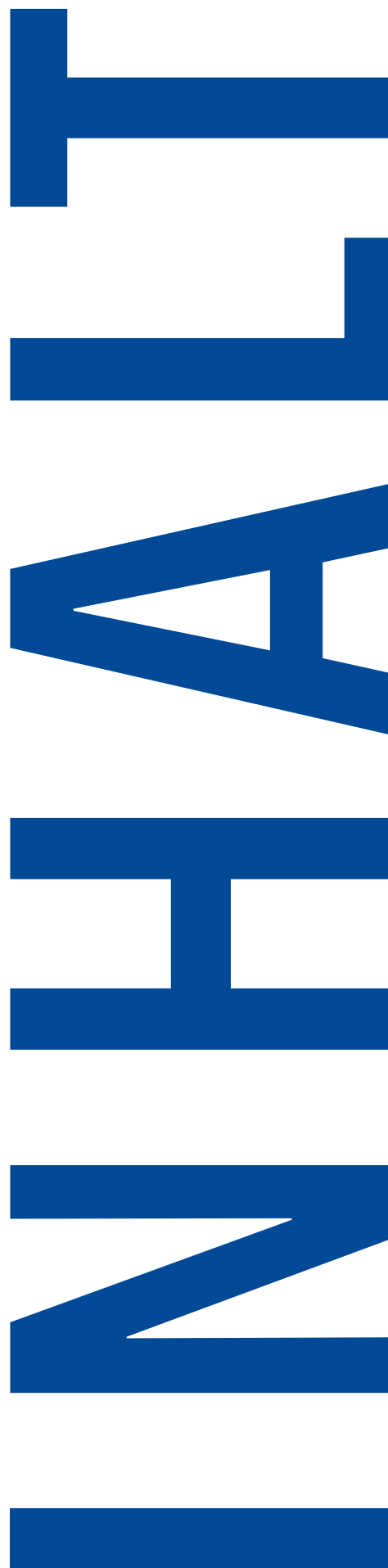
34 Stresstest für die
Demokratie

38 Grenzen - öffnen,
überschreiten, respektieren

42 Hessen,
unverwechselbar

46 Die wehrhafte
Demokratie

50 Mitreden - Mitmachen -
Mitbestimmen



HESSEN SCHREIBT DEMOKRATIE- GESCHICHTE

WOZU DEMOKRATIE?

Die Antwort auf diese Frage ist so einfach wie faszinierend: um alle Freiheit, die wir haben, auch leben zu können. Wir dürfen unsere Meinung sagen, ob in der Familie, in der Schule oder im Verein. Wir dürfen wählen, wer unsere Interessen vertreten soll, ob in der Klasse, im Jugendparlament oder, sobald wir 18 sind, im örtlichen Rathaus oder im Landtag. Wir dürfen unseren Glauben leben, ob mit Kreuz, Kopftuch oder Kippa. Wir dürfen für unsere Anliegen demonstrieren: für bessere Arbeitsbedingungen etwa, für nachhaltigen Klimaschutz oder „gegen Rechts“.

Denn allein die Demokratie ermöglicht uns Freiheit – und garantiert uns Freiheiten. Als politisches System fußt sie auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz und dem friedlichen Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger. Die Spielregeln sind festgehalten in unserer Verfassung.

WEGWEISER HESSEN

In Sachen Demokratie schreibt Hessen Geschichte. Die Hessische Verfassung ist die erste demokratische Grundordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch die neuen Werte sind alles andere als selbstverständlich. Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur, nach Verfolgung, Angst und Massenmorden müssen die Menschen „die Demokratie“ erst (wieder) lernen. Wie mühsam die ersten Schritte angesichts Hunger, Verlust und Zerstörung sind, beschreibt diese Publikation. Sie stellt Menschen vor, die mit einem entschiedenen „Nie wieder“ in Hessen demokratische Strukturen aufgebaut haben – mit Vorbildcharakter für andere Länder.

In Sachen Hessen, so könnte man auch andersherum formulieren, schreibt Demokratie Geschichte. Es sind demokratische Überzeugungen und Regeln, die die Entwicklung des Landes Hessen seit seinen Anfängen prägen.

MEINUNGS- FREIHEIT

ist wertvoll. Sie ermöglicht Debatten und Streitgespräche, den Austausch sachlicher Argumente für und wider eine Entscheidung oder eine Haltung. Doch Meinungsfreiheit hat auch Grenzen: Andere Menschen mit Worten zu verletzen oder zu verleumden, ist nicht erlaubt. Auch Volksverhetzung verstößt gegen das Gesetz.

FEIERTAGE

19. September 1945: Das Land Hessen wird gegründet.

30. Juni 1946: 90 Abgeordnete beginnen in der verfassungsberatenden Landesversammlung mit der Erarbeitung einer Landesverfassung.

1. Dezember 1946: In einer Volksabstimmung nehmen die Bürgerinnen und Bürger die neue hessische Landesverfassung an. Sie ist die erste demokratische Verfassung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg – und wird Vorbild für das 1949 verabschiedete Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

AUFBRÜCHE UND AUF-BRÜCHE

In Hessen entstehen Währungsreform und D-Mark, hier wird das deutsche Wirtschaftswunder angeschoben. Für schockierende Einblicke in den Holocaust sorgt Anfang der 1960er-Jahre der Frankfurter Auschwitz-Prozess. Kurz danach macht die Studentenbewegung Frankfurt zum Protestzentrum gegen Bildungsnotstand, Freiheitseinschränkung und das Schweigen der Väter. Schon 1949 schreibt die Hessin Elisabeth Selbert gegen erhebliche Widerstände die Gleichheit von Mann und Frau ins Grundgesetz, 1961 wird die Hessin Elisabeth Schwarzhaupt gegen den Widerstand des Bundeskanzlers die erste Ministerin der Bundesrepublik Deutschland.

VORKÄMPFER- INNEN UND VORKÄMPFER

Der Kampf für die Demokratie beginnt in Hessen schon weit vor 1946. Das zeigt auf den nächsten Seiten der Blick auf den Schriftsteller Georg Büchner in seiner Rolle als Revolutionär, den die Ungleichheit von armen Bauern und reichem Adel zu dem flammenden Aufruf „Friede den Hütten! Krieg den Palästen“ veranlasst. Statt Meinungsfreiheit gilt zu seiner Zeit Zensur - und harte Strafe; Büchner bleibt nur die Flucht aus Hessen. Strafe droht auch den Frauen, die im 19. Jahrhundert für Freiheit und Gleichheit eintreten. Die Frankfurterin Henriette Zobel wird zum Justizopfer, Clothilde Koch-Gontards politisches Engagement für Frauenrechte bleibt in der Paulskirchen-Versammlung 1848 komplett folgenlos.

DEMOKRATIE LEBEN HEISST: MITMACHEN!

Nicht nur am Beispiel Gleichberechtigung machen die folgenden Kapitel deutlich: Unsere Demokratie muss immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden. Sie ist darauf angewiesen, dass wir alle sie schützen und leben. Möglichkeiten dazu finden sich im abschließenden Kapitel. Motto: Mitmachen! Das sollten uns Freiheit und Gleichheit wert sein.

FREIHEIT UND GLEICHHEIT

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung.

[Verfassung des Landes Hessen, Artikel 1 Absatz 1]

Der Mensch ist frei. Er darf tun und lassen, was die Rechte anderer nicht verletzt oder die verfassungsmäßige Ordnung des Gemeinwesens nicht beeinträchtigt.

[Verfassung des Landes Hessen, Artikel 2 Absatz 1]

ONLINE GEHTS WEITER

Für alle, die beim Umblättern Lust auf mehr bekommen, gehts online weiter. Auf der Webseite der HLZ finden sich weitere Geschichten, spannende Demokratie-Köpfe und jede Menge Hintergrundinfos. Einfach die QR-Codes scannen.



„FRIEDE DEN HÜTTEN! KRIEG DEN PALÄSTEN!“

EIN VORKÄMPFER DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

Wäre Georg Büchner heute ein Klimakleber? Würde er Flughäfen oder Autobahnen lahmlegen? Darüber können wir nur spekulieren. Denn Büchner ist schon lange tot, und Klimaschutz war zu seiner Zeit kein Thema. Dafür gibt es aber etwas anderes, für das er kämpft: Das Volk solle bestimmen, wo es politisch lang geht, und nicht eine kleine Gruppe von Adligen. Wir nennen das heute Demokratie.

Geboren wird Georg Büchner am 17. Oktober 1813 in Goddelau bei Darmstadt. Er wächst in einer Zeit krasser Gegensätze auf. Als Medizinstudent erlebt er in Gießen das bittere Elend der Landbevölkerung nach mehreren Missernten, während er in Darmstadt den Luxus des fürstlichen Hofes sieht. Diese Ungerechtigkeit empört ihn so sehr, dass er am 6. April 1833 nach dem Frankfurter Wachensturm in einem Brief an seine Eltern schreibt: „Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Gewalt.“ Seine Familie – der Vater ist ein angesehener Arzt – erschrickt über diese Worte, doch für Büchner ist klar: Ohne Widerstand wird sich nichts ändern.

Bild: als gemeinfrei gekennzeichnet,
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Georg_B%C3%BCchner_\(Adolf_Hoffmann\).jpg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Georg_B%C3%BCchner_(Adolf_Hoffmann).jpg?uselang=de),
ausgeschnitten von HLZ, CC0 1.0

Georg Büchner

Schriftsteller und Mediziner
* 1813 in Goddelau
† 1837 in Zürich

Der Hessische

Erste

Vor
Dieses Blatt soll dem hessischen Lande
heit sagt, wird gehentt, ja sogar bei
meineidige Richter vielleicht geast. Da
folgendes zu beobachten:
1) Sie müssen das Blatt sorgfältig auf
2) sie dürfen es nur an treue Freunde
3) denen, welchen sie nicht trauen, wi
4) würde das Blatt dennoch bei Ein
gestehen, daß er es eben dem Kreisrat
5) wer das Blatt nicht gelesen hat
natürlich ohne Schuld.

Friede den Hütten
Im Jahr 1834 siehet es au

als hätte Gott

Fürsten und B

diesen gesagt:

ätte die Bai

men ist e

zierlich

che; das

Bauer g

und dem

das Korn

ein langer

sein Leib i

ische des Vor

athum Hes

an 6,3

direkte S

directe

mänen

lien

af

de Landbote.

otschaft.

Darmstadt, im Juli 1834.

ericht.
die Wahrheit melden, aber wer die Wahr-
welcher die Wahrheit lieft, wird durch
um haben die, welchen dies Blatt zukommt,
erhalb ihres Hauses vorder Polizei verwahren;
mittheilen;
sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;
m gefunden, der es gelesen hat, so muß er
habe bringen wollen;
wenn man es bei ihm findet, der ist

! Krieg den Pallästen!
als würde die Bibel Lügen gestraft
die Bauern und Handwerker am Steu-
nehmen am Steu gemacht, und als
Herrscher über alles Gethier, das au-
ern und Bürger zum Gewürm gezähl-
n langer Sonntag, sie wohnen in schö-
Kleider, sie haben feiste Gesichter un-
Volk aber liegt vor ihnen wie Düng-
eht hinter dem Pflug, der Vornehm-
Pflug und treibt ihm mit den Ochsen
und läßt ihm die Stoppeln. Das
Bertrag; Fremde verzehren seine Fleck-
t eine Schwieler, sein Schweiß ist d-
nehmen.
en sind 718,373 Einwohner, die get-
3,364 Gulden, als
euern 2,128,131 fl.
Steuern 2,478,264
1,547,394
46,93
98,5
ne Quellen 64
6,363
von d-
schwizen
B expre-
ng sa-

Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll,
so ist es Gewalt. Wir wissen, was wir von
unseren Fürsten zu erwarten haben. Alles,
was sie bewilligten, wurde ihnen durch die
Notwendigkeit abgezwungen. Und selbst
das Bewilligte wurde uns hingeworfen,
wie eine erbettelte Gnade und ein elendes
Kinderspielzeug, um dem ewigen Maulaffen
Volk seine zu eng geschnürte Wickelschnur
vergessen zu machen. (...) Man wirft den
jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt
vor. Sind wir denn aber nicht in einem
ewigen Gewaltzustand? Weil wir im Kerker
geboren und großgezogen sind, merken
wir nicht mehr, dass wir im Loch stecken mit
angeschmiedeten Händen und Füßen und
einem Knebel im Munde.

– Georg Büchner: am 6. April 1833
in einem Brief an seine Eltern

„DER HESSISCHE LANDBOTE“

Kurz zuvor stürmt eine kleine Gruppe Revolutionäre die Frankfurter Haupt- und Konstablerwache in der Hoffnung, einen Aufstand in ganz Deutschland auszulösen. Die beiden Gebäude sind auch Gefängnisse, in denen Frankfurter einsitzen, die sich gegen die Willkürherrschaft der Stadtregierung gewandt haben. Die will man befreien. Aber der Plan fliegt auf, viele werden verhaftet. Büchner beschließt daraufhin, dass sein Heimatland Hessen, das von einem Großherzog regiert wird, zum Ausgangspunkt einer Revolte werden soll. Zusammen mit dem Butzbacher Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig verfasst er 1834 das Flugblatt „Der Hessische Landbote“, das heimlich nachts verteilt wird. Es beginnt mit dem berühmten Schlachtruf „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ und prangert drastisch den Gegensatz zwischen den hungernden Bauern und den reichen Adligen an. In leidenschaftlicher Sprache verheißt es den Unterdrückten Freiheit. Allerdings müssten sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Friedrich Ludwig Weidig

* 1791 in Oberkleen

† 1837 in Darmstadt

Bild: als gemeinfrei gekennzeichnet, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Friedrich_Ludwig_Weidig-Gr.jpg, ausgeschnitten von HLZ, CC0 1.0

ZWISCHEN MUT UND MAULKORB

Flugschriften wie der „Hessische Landbote“ müssen vor dem Druck einem Zensor zur Genehmigung vorgelegt werden. Das ist Vorschrift. Eine solche Aufforderung für den gewaltsamen Umsturz würde aber sofort verboten. Wer so etwas schreibt, druckt oder nur liest, kann hart bestraft werden. Zunächst in Mainz, dann in Frankfurt sitzt eine „Zentralbehörde“, die ein Heer von Spitzeln beschäftigt und mit großer Energie nach den Hintermännern der von ihr ermittelten „revolutionären Complotte“ sucht.

Was das bedeutet, können wir heute kaum noch ermessen, denn wir sind es gewohnt, unsere Meinung frei äußern zu dürfen.

Die Meinungsfreiheit gilt in einer Demokratie wie der Bundesrepublik als hohes Gut, das es besonders zu schützen gilt. Mit kleinen Einschränkungen allerdings, denn strafbare Inhalte dürfen nicht öffentlich verbreitet werden. Ohne Meinungsfreiheit leidet die Demokratie. Politische und gesellschaftliche Debatten wären dann nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr möglich.

So wie vor knapp 200 Jahren. Der „Hessische Landbote“ wird unter größter Geheimhaltung gedruckt. Und selbstverständlich tauchen die Namen der beiden Verfasser auch nicht auf. Aber ein Spitzel verrät sie. Weidig wird verhaftet und stirbt 1837 nach schweren Misshandlungen im Darmstädter Gefängnis. Büchner wird steckbrieflich gesucht, aber ihm gelingt die Flucht, erst nach Straßburg, dann nach Zürich, wo er seine medizinischen Studien fortsetzen kann. Allerdings nur kurz. Bereits am 19. Februar 1837 stirbt er an Typhus. Da ist er gerade 23 Jahre alt.

MEHR ALS NUR SCHULLEKTÜRE

Trotz seiner kurzen Lebensspanne hat Büchner ein erstaunlich nachhaltiges literarisches Werk hinterlassen. Seine Dramen „Dantons Tod“, „Leonce und Lena“ und besonders „Woyzeck“ werden bis heute von vielen Theatern gespielt. Und sie sind fester Bestandteil des Deutschunterrichts, weil sie

sozialkritische Themen in eindringlichen Bildern zeigen. Dabei wird der Revolutionär Büchner oft vergessen, der unter Einsatz seiner Freiheit und seines Lebens für die Volksherrschaft kämpfte. Im „Hessischen Landboten“ beschreibt er mit einfachen Worten, aber sehr eindrucksvoll, was es heißt, im damaligen Großherzogtum Hessen reich oder arm zu sein.

„Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen

zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigne Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker.“

Lange klebt das Etikett des Revolutionärs an Büchner. Noch 1987, zu seinem 150. Todestag, lehnt die Deutsche Bundespost eine Sondermarke mit der Begründung ab, er sei „ehrungsunwürdig“. Statt Büchner erhält der bayerische Märchenkönig Ludwig II. die Sondermarke. Erst zum 200. Geburtstag 2013 bekommt er die späte Anerkennung in Form einer Briefmarke und einer Gedenkmünze.

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland heißt es in Artikel 5:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Ihr bückt euch lange Jahre in den Dornäckern der Knechtschaft (...). Ihr wühlt ein langes Leben die Erde auf, dann wühlt ihr euren Tyrannen das Grab. Ihr bautet die Zwingburgen, dann stürzt ihr sie, und bautet der Freiheit Haus. Dann könnt ihr eure Kinder frei taufen mit dem Wasser des Lebens.

– Georg Büchner/Friedrich Ludwig Weidig:
Der Hessische Landbote

SCHICKSALE WIE BÜCHNER – EINE GALERIE VERFOLGTER DEMOKRATEN

Büchner ist in seiner Zeit kein einzelner Rufer. Viele Schriftsteller und Publizisten kämpfen neben ihm gegen Zensur und Fürstenwillkür. Der Frankfurter Jude Ludwig Börne verspottet in scharfen Artikeln die Obrigkeit und muss 1830 ins Pariser Exil gehen. Im selben Jahr stürmen mutige Hanauer Bürgerinnen und Bürger das dortige Zollamt und verbrennen die Steuerlisten des Kurfürsten. Beim Wilhelmsbader Fest 1832 wettern der Student Karl Brüggemann und der Autor Wilhelm Sauerwein offen gegen die Adels Herrschaft. Brüggemann wird daraufhin zum Tode verurteilt und später begnadigt, Sauerwein flieht in die Schweiz. In seinem satirischen „ABC-Buch der Freiheit“ nimmt Sauerwein alle aufs Korn, vom „Jubelgreis“ bis zum „Landesvater“:

Der Landesvater und seine Landeskinder

Es ist sehr ungezogen von Kindern, wenn sie Geld für sich behalten und es nicht lieber dem Vater bringen. Denn Kinder wissen mit Geld noch nicht umzugehen; aber der Landesvater weiß, wie man es durchbringt.

– Wilhelm Sauerwein:
Das ABC-Buch der Freiheit,
Hanau 1832

Auch der Darmstädter Journalist Friedrich Wilhelm Schulz ist beim Wilhelmsbader Fest anwesend. Fast alle seine Bücher werden verboten und er sitzt jahrelang in Festungshaft. In Frankfurt bringen Christoph Frey Eisen und Friedrich Funck Zeitungen und Flugblätter heraus, in denen sie anstelle der Adels Herrschaft eine Republik mit freien Wahlen fordern. Kaum erschienen, sind die Schriften auch schon verboten. Sie lassen sich davon aber nicht entmutigen und bringen ihre Blätter einfach unter anderen Namen neu heraus. Und genauso regelmäßig stehen sie vor Gericht oder landen im Gefängnis.

Diese „kleinen Namen“ sind heute fast vergessen, doch sie bildeten zusammen mit Büchner ein Netz des Widerstands, das die Idee von Freiheit und Demokratie so lange am Leben erhielt, bis die Revolution von 1848/49 den deutschen Staaten endlich eine Nationalversammlung bescherte. Die Schicksale von Büchner und seinen weitgehend vergessenen Mitstreitern dokumentieren, dass solche Rechte erkämpft werden mussten – oft unter Lebensgefahr.

Büchners leidenschaftliche Worte erinnern daran, dass Ungerechtigkeit sichtbar gemacht werden muss, damit sie enden kann.



Mehr Storys und mehr Köpfe auf der HLZ-Webseite

Büchners Geburtshaus in Goddelau (Bild: Büchner-FindetStatt)



FRAUEN SCHREIBEN GESCHICHTE - UND DIE VERFASSUNG



DR. ELISABETH SELBERT

JURISTIN UND „MUTTER DES GRUNDGESETZES“

Als der Parlamentarische Rat 1948 den Auftrag erhält, eine Verfassung für die künftige Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten, ist Elisabeth Selbert eine von vier Frauen unter den 65 Ratsmitgliedern. Die promovierte Juristin, die bereits seit gut zehn Jahren als Rechtsanwältin in ihrer eigenen Kanzlei in Kassel arbeitet, versteht sich nicht als Frauenrechtlerin - und muss doch im Rat gleich um das Thema Gleichberechtigung streiten. Ihr Formulationsantrag für Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG), „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, wird erst nach heftigen Debatten und einer öffentlichen Protestkampagne von der Ratsmehrheit angenommen. Selbert weiß, dass nach diesem Erfolg die Arbeit erst beginnt. Das Bürgerliche Gesetzbuch, das Frauen seit 1896 in wichtigen Ehe- und Familienfragen der Entscheidung des Mannes unterwirft, muss angepasst werden. Deshalb legt Elisabeth Selbert im GG eine Übergangsfrist bis März 1953 fest. Der Bundestag braucht weitaus länger: 1957 wird das „Letztentscheidungsrecht“ des Ehemannes in vielen Ehefragen abgeschafft, 1977 fällt die „Hausfrauenehe“, nach der Frauen nur mit Einverständnis des Ehemannes arbeiten gehen können.

Juristin, Politikerin (SPD)

* 1896 in Kassel

† 1986 in Kassel

Bild: AddF, Kassel, Sign.: A-F-NLP11-0066,
Fotograf*in unbekannt

DER KAMPF UM DIE GRUNDRECHTE – AM BEISPIEL DER GLEICHBERECHTIGUNG

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Mit diesen Worten verankert die hessische Juristin Elisabeth Selbert 1949 die Gleichstellung der Geschlechter in unserem Grundgesetz. Unwiderruflich. Der Weg dahin war auch in Hessen voller Widerstände und Kämpfe. Wie alle demokratischen Grundwerte muss die Gleichberechtigung bis heute immer wieder neu verteidigt werden.



**Ich gehe täglich in die
Sitzungen und kann die
Politik nicht lassen.**

– Clotilde Koch-Gontard, 1848

Bild: als gemeinfrei gekennzeichnet,
[https://commons.wikimedia.org/wiki/
File:Clotilde_Koch-Gontard_1.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Clotilde_Koch-Gontard_1.jpg),
ausgeschnitten von HLZ, CC0 1.0

Frühe Stimme für gleiche Rechte

1815-1848

Schon 100 Jahre vor Elisabeth Selbert engagiert sich Clotilde Koch-Gontard für die politische Teilhabe von Frauen. Die Frankfurter Unternehmergattin ist das traditionelle Frauenbild mit Kindern, Strickstrumpf und der „Küche als Hauptschauplatz meiner Tatkraft“ leid, wie sie im März 1848 notiert. Zeitgleich dürfen nur Männer in der Frankfurter Paulskirche über die erste freiheitliche deutsche Verfassung beraten. Clotilde Koch-Gontard interessiert sich für die politischen Ereignisse: Kurzerhand öffnet sie ihr Haus für Abgeordnete der Nationalversammlung und zur Diskussion über die demokratischen Ideen. Das Geschehen in der Paulskirche, das sie als Zuschauerin von der „Damengalerie“ aus verfolgt, schildert sie in einem Parlamentstagebuch. Ihr Zeitzeuginnenbericht, der heute im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt liegt, weist sie aus als frühe Verfechterin von Frauenrechten, für die die Zeit noch nicht reif war.

Während Georg Büchner, Friedrich Ludwig Weidig und andere Revolutionäre im Vormärz öffentlich für die Demokratie kämpfen, haben bürgerliche Frauen vor allem Hausfrau und Mutter zu sein. Ohne wesentliche eigene Rechte sind sie bis Ende des 19. Jahrhunderts politisch zu Passivität verurteilt, gesellschaftlich ins Private verbannt und gesetzlich unter die Entscheidungsgewalt ihres Ehemannes gestellt.

WEGBEREITERINNEN



Elisabeth Schwarzhaupt

* 1901 in Frankfurt
† 1986 in Frankfurt

Erste Bundesministerin
per Sitzstreik



Vera Rüdiger

* 1936 in Vollmarshausen
† 2025 in Bremen

Erste „Frau Minister“
in Hessen

Erst nach einem Sitzstreik von Politikerinnen vor dem Kabinettsaal wird Elisabeth Schwarzhaupt 1961 erste Ministerin der Bundesrepublik, und zwar für Gesundheit. Bundeskanzler Adenauer will eigentlich keine Frauen in seiner Regierung. Seine Kabinettsrunde begrüßt der damals 85-Jährige mit „Guten Morgen, meine Herren“ – auch nachdem die promovierte Juristin mit am Tisch sitzt. Die Frankfurterin ist Widerstand aus politischen Männerwelten gewohnt und weiß ihn mit demokratischen Mitteln zu brechen. Zum Beispiel 1957, als es um die Anpassung des Bürgerlichen Gesetzbuchs an das Gleichheitsgebot im Grundgesetz ging. Da setzt Schwarzhaupt gegen Stimmen aus den eigenen CDU-Reihen die Streichung des sogenannten Gehorsamkeitsparagrafen durch, der Ehemännern das Letztentscheidungsrecht in der Ehe zuspricht.

Bild: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Elisabeth_Schwarzhaupt_\(1901-1986\)_\(12484331724\).jpg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Elisabeth_Schwarzhaupt_(1901-1986)_(12484331724).jpg?uselang=de),
ausgeschnitten von HLZ, No known copyright restrictions

In Hessen beruft das zweite Kabinetts des damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) erstmals eine Frau auf einen Spitzenposten in der Landesregierung: Vera Rüdiger wird 1978 zum „Minister für Bundesangelegenheiten“ ernannt. Mit „Frau Minister“ wird die promovierte Politologin auch angeredet. Was heute zur Genderdebatte führen würde, ist zu Rüdigers Wirkungszeit ein Relikt der immer noch geltenden preußischen Verwaltungstradition des frühen 19. Jahrhunderts, die ein ausschließlich männliches Polit-Management regelte. Für Vera Rüdiger wohl eher ein Kuriosum am Rande. Sie stellt in verschiedensten politischen Spitzenjobs ihre Managementqualitäten mit Erfolg unter Beweis.

Bild: BArch, B 145 Bild-F083176-0020 / Ludwig Wegmann / CC-BY-SA 3.0 (ausgeschnitten)



Lust auf mehr Infos?
Dann hier entlang

1949

Der Gleichheitsgrundsatz wird als Grundrecht in der bundesdeutschen Verfassung verankert.

1961

Elisabeth Schwarzhaupt wird erste deutsche Bundesministerin.

1983

Die neue Partei „Die Grünen“ treten bundesweit mit dem Thema Gleichberechtigung und einer partei-internen Frauenquote an.

1994

Eine Verfassungsänderung verpflichtet den Staat, die Gleichberechtigung aktiv zu fördern und bestehende Nachteile zu beseitigen.

2005

Angela Merkel wird erste deutsche Bundeskanzlerin. Mit drei Wahlen (2009, 2013, 2017) bleibt sie 16 Jahre die mächtigste Frau Deutschlands.

2018

Per Volksentscheid wird der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes auch in die Hessische Landesverfassung aufgenommen.

Ich habe von einer Zukunft geträumt, in der Frauen selbstverständlich als Menschen mit bestimmten Fähigkeiten und Kenntnissen neben Männern arbeiten und diskutieren könnten, ohne daß man von ihnen immer wieder eine besondere Stellungnahme in der Eigenschaft als Frau erwartete. Von dieser Selbstverständlichkeit träume ich noch.

– Elisabeth Schwarzhaupt

GLEICHBERECHTIGUNG AKTUELL

40 % meldet das Statistische Landesamt als Wert für den Gender Pay Gap, also die geschlechtsbedingte Lohnlücke 2024 in Hessen. Das heißt: Erwerbsfähige Frauen verdienen durchschnittlich 40 Prozent weniger als erwerbsfähige Männer.

DA GEHT NOCH WAS

Die Möglichkeiten, von der ersten Frau in einer Top-Position zu berichten, werden weniger, weil inzwischen mehr Frauen an der Spitze tätig sind. Und doch gilt für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gleichermaßen: Beim Blick auf Zahlen und Frauenanteile ist noch viel Luft nach oben in Sachen Gleichberechtigung.

WIE SICHTBAR SIND FRAUEN? SCHAU HIN.

Im Hessischen Landtag

31,6 %

ist der Frauenanteil in der 21. Wahlperiode (2024-2029).

42

der 133 Abgeordneten im Hessischen Landtag sind Frauen.

In den 14 staatlichen Hochschulen des Landes Hessen

29 %

ist der Frauenanteil bei den Professuren.

1.154

von insgesamt 3.970 Professuren in Hessen sind mit Frauen besetzt.

(Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes für 2022)

An der Spitze in Hessen

2

der 5 DAX-Konzerne in Hessen werden von Frauen geführt:

Bettina Orlopp ist seit Oktober 2024 CEO der Commerzbank.

Belén Garijo ist seit Mai 2021 alleinige CEO des Pharmakonzerns Merck in Darmstadt.

2022

Astrid Wallmann wird zur Präsidentin des Hessischen Landtags gewählt – als erste Frau in diesem Amt.

NOT UND VERZWEIFLUNG IN DEN ERSTEN NACHKRIEGSJAHREN

Am 1. September 1939 überfällt die deutsche Wehrmacht auf Befehl von Adolf Hitler Polen. Damit beginnt der Zweite Weltkrieg, in dem allein in Europa bis zum 8. Mai 1945 etwa 43 Millionen Menschen umkommen. Sie sterben als Soldaten, Zivilisten und Gefangene in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern. Die Hitlerarmeen überziehen fast alle europäischen Länder mit Krieg. Besonders betroffen sind die osteuropäischen Staaten. Obwohl die beiden Diktatoren Hitler und Stalin einen Nichtangriffspakt geschlossen haben, marschieren deutsche Truppen am 22. Juni 1941 in die Sowjetunion ein. Mit rund 25 Millionen Toten bringt die Sowjetunion die größten Opfer in diesem Krieg. Aber auch die anderen von deutschen Truppen besiegten und besetzten Staaten im Osten Europas haben große Verluste zu beklagen. Ihre genauen Zahlen lassen sich nur schätzen.

Von den in Ungarn getöteten 840.000 Menschen waren 540.000 ungarische Juden, die in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern ermordet wurden. Rumänien zählte 460.000 Opfer und die Tschechoslowakei 400.000 Getötete. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden die meisten Deutschen, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, in der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien gelebt haben, ausgewiesen. 14 Millionen Männer, Frauen und Kinder fliehen in das von den Alliierten besetzte Deutschland.

*Blick von der Paradiesgasse über den Hanauer
Marktplatz zum Neustädter Rathaus, 1945
(Bild: Medienzentrums Hanau / Bildarchiv)*

	Sowjetunion	Polen	Jugoslawien
Militärische Verluste	8,7 Mio.	125.000	300.000
Zivile Verluste	16 Mio.	6 Mio. <i>davon 3 Mio. polnische Juden</i>	1,7 Mio.



„ICH WERDE IHRE STÄDTE AUSRADIEREN“

In seiner Kriegsführung kennt Hitler als Oberbefehlshaber der Wehrmacht keine Grenzen. Ab Juli 1940 lässt er in Großbritannien Städte aus der Luft angreifen. London wird erstmals am 24. August 1940 bombardiert. Verheerend ist der Angriff auf die Industriestadt Coventry am 14. November 1940, bei dem auch die mittelalterliche Kathedrale zerstört wird. Als die britische Air Force mit Luftangriffen auf deutsche Ziele reagiert, verkündet Hitler im Berliner Sportpalast: „Ich werde ihre Städte ausradieren.“ Es kommt aber anders.

Als Hanauer Schülerinnen und Schüler 2025 in einer Ausstellung Fotos von ihrer im Zweiten Weltkrieg zerstörten Stadt sehen, können sie es nicht glauben. So soll Hanau vor 80 Jahren ausgesehen haben? Eine einzige Trümmerwüste. In der Innenstadt stehen 1945 von 450 Häusern noch sieben. Ähnlich sieht es in Frankfurt, Kassel, Darmstadt, Offenbach oder Gießen aus. Nur Wiesbaden ist weitgehend verschont geblieben.

ES FEHLT AN ALLEM

Die Menschen, die zwischen den zerbombten Häusern und den Schuttbergen leben, haben keinen Strom, kein fließendes Wasser und nichts zum Heizen. „Ausgebombte“ mit Glück im Unglück leben als sogenannte Evakuierte in den umgebenden Dörfern und kleinen Städten, die kaum zerstört sind. Nicht überall sind diese „Gäste“ willkommen, die ihr ganzes Hab und Gut verloren haben. Sie beanspruchen nun Räume für sich und wollen versorgt werden. Aber auch dort fehlt es am Nötigsten. Die amerikanische Militärregierung und die von ihnen eingesetzten deutschen Beamten bemühen sich zwar aus Leibeskräften, aber immer wieder stoßen sie an Grenzen, besonders bei der Versorgung mit Lebensmitteln. Denn das Wetter zeigt sich von seiner schlechtesten Seite. Missernten sind die Folge, auch weil Düngemittel und Saatkartoffeln fehlen. Die Winter sind besonders hart mit so hohen Minustemperaturen, dass die Flüsse wochenlang zugefroren bleiben. Viele sterben durch Kälte und Hunger. Wer Mut hat, versucht nachts Kohlen aus Lastwagen und Güterzügen zu stehlen. Die Strafen dafür sind hoch.

Hungernde Hanauer plündern einen Güterwagen, 1945
(Bild: picture alliance /)

AUFRUF

An die Einwohner der Gemeinden!

Männer und Frauen!

**23000 Menschen stehen vor den Toren des
Kreises Offenbach und erwarten ihre Aufnahme.**

„LASST UNSERE MIT- MENSCHEN NICHT VERHUNGERN!“

1.548 kcal sind nicht nur in kalten Wintern mit ungeheizten Räumen entschieden zu wenig. Wer arbeitet, braucht mehr. Nur mehr gibt es nicht. Die Besatzungsbehörden gehen deshalb mit Razzien gegen den blühenden Schwarzmarkt vor. Sie suchen bei Landwirten nach versteckten Kartoffeln, die nicht, wie vorgeschrieben, abgeliefert wurden, und nach heimlich geschlachteten Schweinen. Im Juni 1946 richtet der Fuldaer Landrat einen dramatischen Aufruf an die „Bauern und Bäuerinnen“ in seinem Kreis, „das letzte verfügbare Brotgetreide und die letzten verfügbaren Kartoffeln abzugeben“. Er mahnt zur christlichen Nächstenliebe und schließt mit dem Satz: „Wer an dieser Not achtlos, hartherzig und unbarmherzig vorbeigeht, soll nicht mehr zu unserer Gemeinschaft gehören.“

Aber trotz aller gut gemeinten Appelle ist die Solidarität von denen, die Nahrungsmittel zurückhalten, mit denen, die sie zum Überleben dringend brauchen, nicht sehr groß. Und sie wird schon früh auf eine weitere harte Probe gestellt. Denn die Bevölkerung in Hessen nimmt sprunghaft zu.

KRIEGSHEIMKEHRER UND „DISPLACED PERSONS“

Ehemalige deutsche Soldaten kommen aus der Kriegsgefangenschaft zurück und suchen ihre Familien oder diese wenden sich ihrerseits an spezielle Suchdienste, um die Vermissten zu finden. Das ist kompliziert, wenn kaum ein Telefon funktioniert. Auch sich selbst auf den Weg zu machen ist bei kaputten Brücken, zerstörten Bahngleisen und kaum befahrbaren Straßen so gut wie unmöglich. Außerdem werden an jeder Ecke Passierscheine benötigt. Trotzdem finden die Familien langsam wieder zusammen. Bei den Juden, die den Konzentrations- und Vernichtungslagern entkommen sind, sieht das anders aus. Sie sind oft die einzigen Überlebenden. Die Amerikaner nennen sie „Displaced Persons“ (DP) und richten für sie spezielle Lager ein. Manche der DP verlassen Deutschland für immer, andere entscheiden sich zu bleiben.

Zu den DP zählen neben den Juden auch die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, meist aus Osteuropa. Etwa 30.000 wollen in Hessen bleiben, weil ihre Heimatländer kommunistisch geworden sind oder sie sich in Deutsche verliebt haben.



**Mehr Hintergrund-
informationen gibt
es hier**

AUS VERTRIEBENEN UND FLÜCHTLINGEN WERDEN „NEUBÜRGER“



Ankommender Flüchtlingstransport in Bebra, 1946 (Bild: picture-alliance / dpa / dpa)

Die größte Herausforderung für alle sind die Vertriebenen, die aus den abgetrennten deutschen Ostgebieten, aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien in die Westzonen geflohen sind. Bis Mitte 1949 kommen über 650.000. Sie machen damit gut 15 Prozent der hessischen Bevölkerung aus. Hinzu kommen noch eine Viertelmillion Übersiedler aus anderen deutschen Ländern und aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Familien, die über genügend Platz verfügen, müssen zusammenrücken und Flüchtlinge aufnehmen. Das sorgt für böses Blut. Kaum jemand will sich freiwillig einschränken oder etwas abgeben. Aber: Trotz aller kulturellen Unterschiede und sonstigen Widerstände gelingt die Integration der Vertriebenen erstaunlich gut. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigsten und der Integration der

Flüchtlinge muss als dritte große Aufgabe die Entnazifizierung geleistet werden. Die Militärregierung fährt zunächst einen harten Kurs, bis die Amerikaner merken, dass nicht alle Deutschen Nationalsozialisten gewesen sind. Zunächst müssen umfangreiche Fragebögen ausgefüllt werden. Im März 1946 werden dann „Spruchkammern“ gebildet, die bis zum Ende der Entnazifizierung im Oktober 1951 allein in Hessen fast eine Million Verfahren abwickeln. Zahlreiche Haftstrafen, Berufsverbote und Geldbußen werden verhängt. Die Entnazifizierung mit Fragebögen und Spruchkammern ist sicher nicht die beste Lösung, aber für die Entwicklung in Hessen ein wichtiger Schritt. Denn in dem gerade entstehenden demokratischen Staat sollen die alten Nationalsozialisten nichts mehr zu sagen haben.

TRUTZHAIN. NEUE HEIMAT FÜR FLÜCHTLINGE:

Um den Zustrom von Flüchtlingen zu lenken, werden auch bereits bestehende Lager neu genutzt, zum Beispiel in Trutzhain. Dort werden während des Zweiten Weltkriegs Tausende von Kriegsgefangenen eingepfercht. 1948 werden vom Kreis Ziegenhain Flüchtlinge in den Baracken einquartiert. Aus dem Übergangslager entwickelt sich 1951 die Gemeinde, die heute zu Schwalmstadt gehört. Die 700 Einwohnerinnen und Einwohner sind stolz darauf, was sie geschaffen haben. Seit 2003 gibt es in Trutzhain eine Gedenkstätte.



Broschüre der HLZ über Trutzhain

Trutzhain. Aus den Lagerbaracken wurden Reihenhäuser, 2024 (Bild: privat)

BESIEGT, BEFREIT, BESETZT

Als am 8. Mai 1945 mit der Kapitulation Deutschlands der Zweite Weltkrieg endet, ist das heutige Hessen schon seit fast drei Wochen in amerikanischer Hand. Am 22. März überqueren US-Truppen bei Oppenheim südlich von Mainz den Rhein und nehmen in den folgenden Tagen das Landesgebiet systematisch von Süden nach Norden ein. Anfang April werden zuletzt Kassel, Witzenhausen und die nördlichste hessische Gemeinde Bad Karlshafen befreit.



Am 4. April 1945 marschieren US-Truppen auf der Wilhelmshöher Allee in Kassel ein. Nach dem Flächenbombardement in den Monaten zuvor liegt die Stadt in Trümmern. (Bild: als gemeinfrei gekennzeichnet, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Photo_-_Kassel_-_Einmarsch_der_US-Truppen_-_April_1945.jpg?uselang=de, ausgeschnitten von HLZ, CC0 1.0)

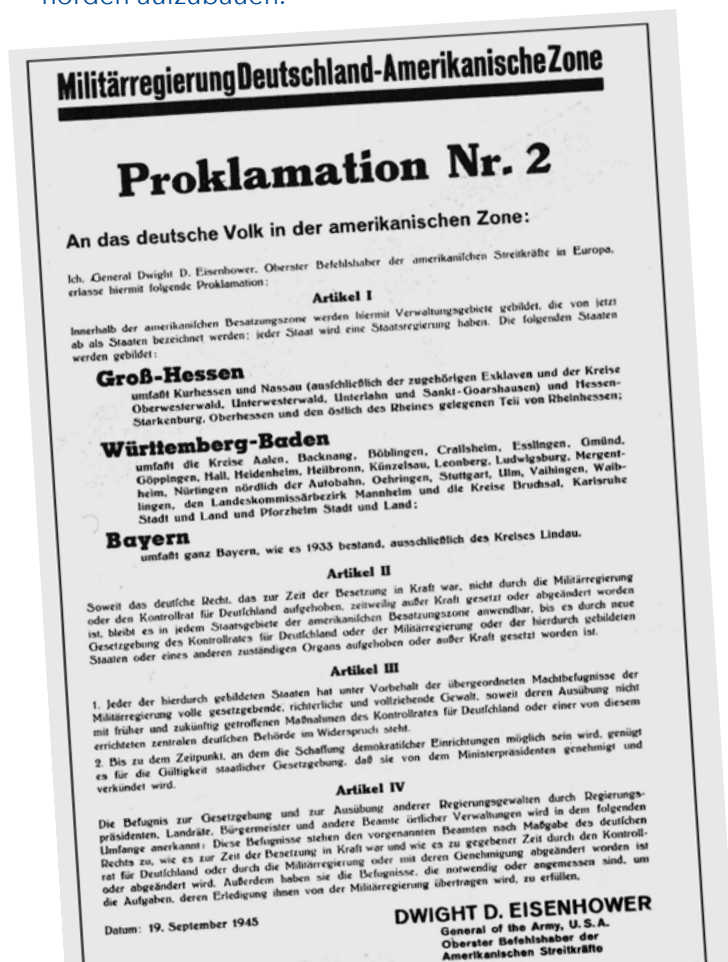
Mit dem Sieg beginnt der Wiederaufbau. Eine Herausforderung für die amerikanischen Besatzer: Was sie vorfinden, ist Zerstörung. Städte wie Frankfurt, Gießen, Darmstadt oder Fulda liegen in Trümmern, die zivile und militärische Verwaltung funktioniert nicht mehr, ebenso wenig die Versorgung mit Strom, Wasser und Lebensmitteln. Auch die Moral der Bevölkerung ist am Boden. Nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und fast sechs Jahren Krieg sind die Menschen erschöpft von Angst, Verlust, Trauer und Hunger.



Die Spitze der amerikanischen Militärregierung in Hessen, General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, und sein Stellvertreter General Lucius D. Clay, Chef der amerikanischen Zonenverwaltung im späteren Hessen. (Bild: picture-alliance / dpa / dpa)

EINE DEMOKRATIE ENTSTEHT - IN REKORDZEIT

Die amerikanischen Besatzer gehen den Aufbau entschlossen an – und mit Tempo: Gleich nach Kriegsende richten die amerikanischen Besatzer ein dichtes Netz von US-Militärregierungseinheiten ein, um neue Verwaltungsbehörden aufzubauen.



NIE WIEDER HITLER

Nach dem Zweiten Weltkrieg bauen die Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich Deutschland neu auf. Eine parlamentarische Demokratie soll auf den totalitären Einheitsstaat der Nationalsozialisten folgen, ein föderatives System die Länder mit eigenen Regierungen und Befugnissen stärken. Deutschland wird in vier Besatzungszonen geteilt. Das heutige Hessen liegt in der amerikanischen Zone.

1945

1. AUGUST: Die erste Zeitungslizenz in der amerikanischen Besatzungszone wird an die Frankfurter Rundschau vergeben.

27. AUGUST: Die US-Militärregierung erlaubt die Gründung politischer Parteien auf Orts- und Kreisebene, im November auch landesweit. Vier Parteien werden gegründet: Neben SPD und KPD, die es beide schon in der Weimarer Republik gab, gehen die Liberaldemokratische Partei (LPD, Vorläuferin der FDP) und die von Christen beider Konfessionen getragene Christlich-Demokratische Union (CDU) neu an den Start.

19. SEPTEMBER: Die amerikanische Militärregierung verfügt mit der „Proklamation Nr. 2“ die Gründung des Landes Groß-Hessen. Das neue Land umfasst im Norden die ehemalige Provinz Hessen-Nassau und im Süden den früheren Volksstaat Hessen. Die früher ebenfalls zu hessischem Gebiet gehörenden Kreise Ober- und Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen sowie das linksrheinische Rheinhessen werden der französischen Besatzungszone zugewiesen und gehören heute zu Rheinland-Pfalz. Wiesbaden wird Landeshauptstadt. Die Stadt „gewinnt“ gegen die Konkurrenten Frankfurt und Kassel, weil sie am wenigsten zerstört ist. Außerdem sitzt in Wiesbaden mit der US-Einheit unter Oberst James R. Newman die spätere amerikanische Zentralbehörde in Hessen.

16. OKTOBER: Die US-Militärregierung ernennt die erste Hessische Landesregierung mit Ministerpräsident Karl Geiler an der Spitze. Der Heidelberger Wirtschaftsprofessor ist parteilos und wurde während der Nazizeit politisch verfolgt.

*Bild links: Proklamation Nr. 2,
Geburtsurkunde des Landes Hessen
(Bild: HHStAW, Best. 3008/1 Nr. 2883)*

1946

30. JUNI: Wahl zur Verfassungsberatenden Landesversammlung. Das Gremium mit 90 Abgeordneten aller vier Parteien berät vom 15. Juli bis zum 30. November 1946 über den Entwurf der neuen Verfassung. Mit dabei als einzige Frau: Elisabeth Selbert.

1. DEZEMBER: Nur 20 Monate nach dem totalen Zusammenbruch wählen die Hessen erstmals einen Landtag - und nehmen gleichzeitig per Volksabstimmung die neue Landesverfassung an.

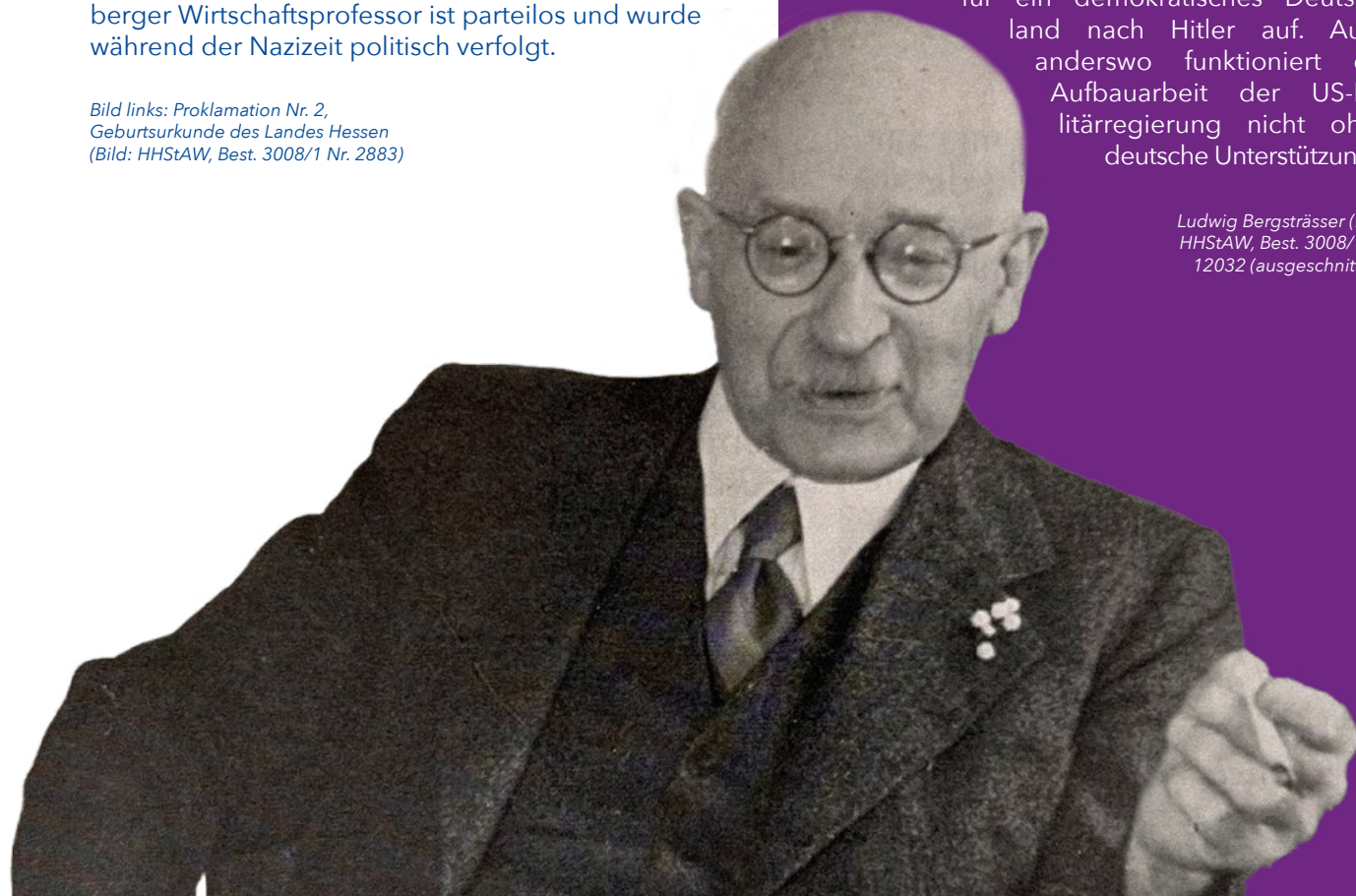
4. DEZEMBER: Von nun an heißt das Land offiziell Hessen.

20. DEZEMBER: Der gebürtige Hesse Christian Stock wird der erste gewählte Ministerpräsident Hessens.

UNBELASTET

Ludwig Bergsträsser (1883–1960) wird am 14. April 1945 von der US-Militärregierung zum Regierungspräsidenten mit Sitz in Darmstadt eingesetzt. Der Historiker gilt als „unbelastet“: Er war im Widerstand gegen den Nationalsozialismus tätig und schrieb schon 1942 seine Überlegungen für ein demokratisches Deutschland nach Hitler auf. Auch anderswo funktioniert die Aufbauarbeit der US-Militärregierung nicht ohne deutsche Unterstützung.

*Ludwig Bergsträsser (Bild:
HHStAW, Best. 3008/1 Nr.
12032 (ausgeschnitten))*



DEMOKRATIE LEBEN

Die Landtagswahl und die Volksabstimmung über die Verfassung am 1. Dezember 1946 sind Höhepunkt und zugleich Ende des Demokratieaufbaus in Hessen. Doch damit die junge Demokratie laufen lernt, braucht sie weiterhin Unterstützung: Menschen, die den Wiederaufbau im Alltag umsetzen, Menschen, die an den Wert der Verfassung erinnern, Menschen, die Demokratie leben.



Online gibts noch
mehr Informationen

Bild rechts: Schriftzug Artikel 1 GG
„Die Würde des Menschen ist unantastbar“
(Bild: Urheber Dontworry, <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Landgericht-frankfurt-2010-ffm-081.jpg>,
„Landgericht-frankfurt-2010-ffm-081“,
ausgeschnitten von HLZ, CC-BY-SA-3.0)

AUFBAUHELFER

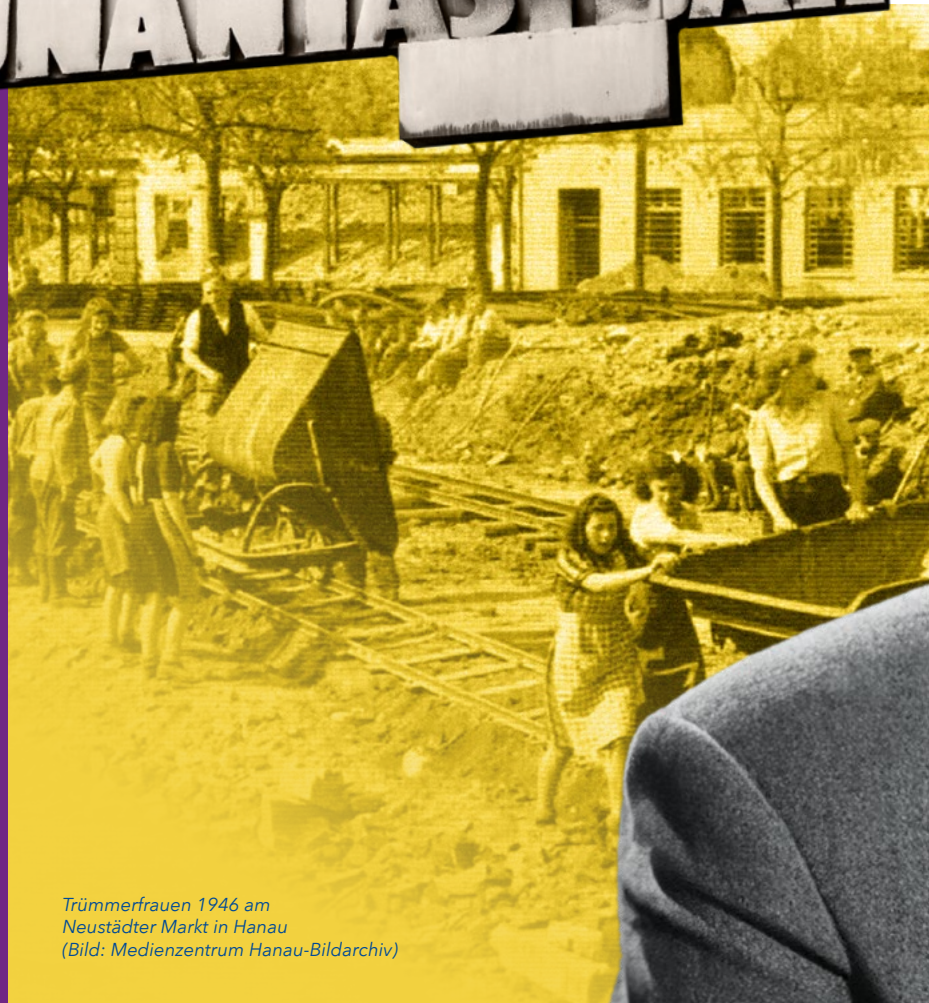
Die „Trümmerfrauen“ stehen nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs für Wiederaufbau und Neubeginn. Das Bild der helfenden Frau mag ein gutes Vorbild für die Haltung des Weiterlebens sein. Vielfach ist es jedoch bewusst inszeniert, wie Medienuntersuchungen später zeigen.

Zwar sind Frauen, die 1946 mit bis zu 65 Prozent die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bilden, am Wegräumen der 400 Millionen Kubikmeter Kriegsschutt beteiligt, allerdings oft im sogenannten Ehrendienst, der mit Lebensmittelkarten bezahlt wird. Daneben werden Arbeitslose zur Trümmerbeseitigung eingesetzt – und vielerorts ehemalige NS-Aktivisten. 600 von ihnen werden zum Beispiel in Hanau verpflichtet, das zu 70 Prozent zerstört ist.

DIE STUNDE NULL?

In späteren Geschichtsbüchern wird die Zeit zwischen Kapitulation und Wiederaufbau auch als „Stunde Null“ bezeichnet. Gemeint ist damit der Neustart auf dem Zeitpfeil der Geschichte – und zugleich der verständliche Wunsch, nach der Barbarei des Nationalsozialismus noch einmal bei Null starten zu können. Doch die Geschichte hat keinen Reset-Knopf. Ebenso wenig wie die Köpfe der Nazi-Anhänger. Viele von ihnen tauchen zunächst 1945 ungestraft unter und starten später eine neue Existenz, oft an verantwortungsvoller beruflicher Position.

DIE
WÜRDE
DES
MENSCHEN
IST
UNANTASTBAR



Trümmerfrauen 1946 am
Neustädter Markt in Hanau
(Bild: Medienzentrum Hanau-Bildarchiv)

WERTVOLL – AUCH FÜR UNS HEUTE

Die Zustimmung von 76,8 Prozent aller Wahlberechtigten macht die Hessische Verfassung zur ersten – und damit auch ältesten – demokratisch legitimierten Grundordnung Deutschlands.

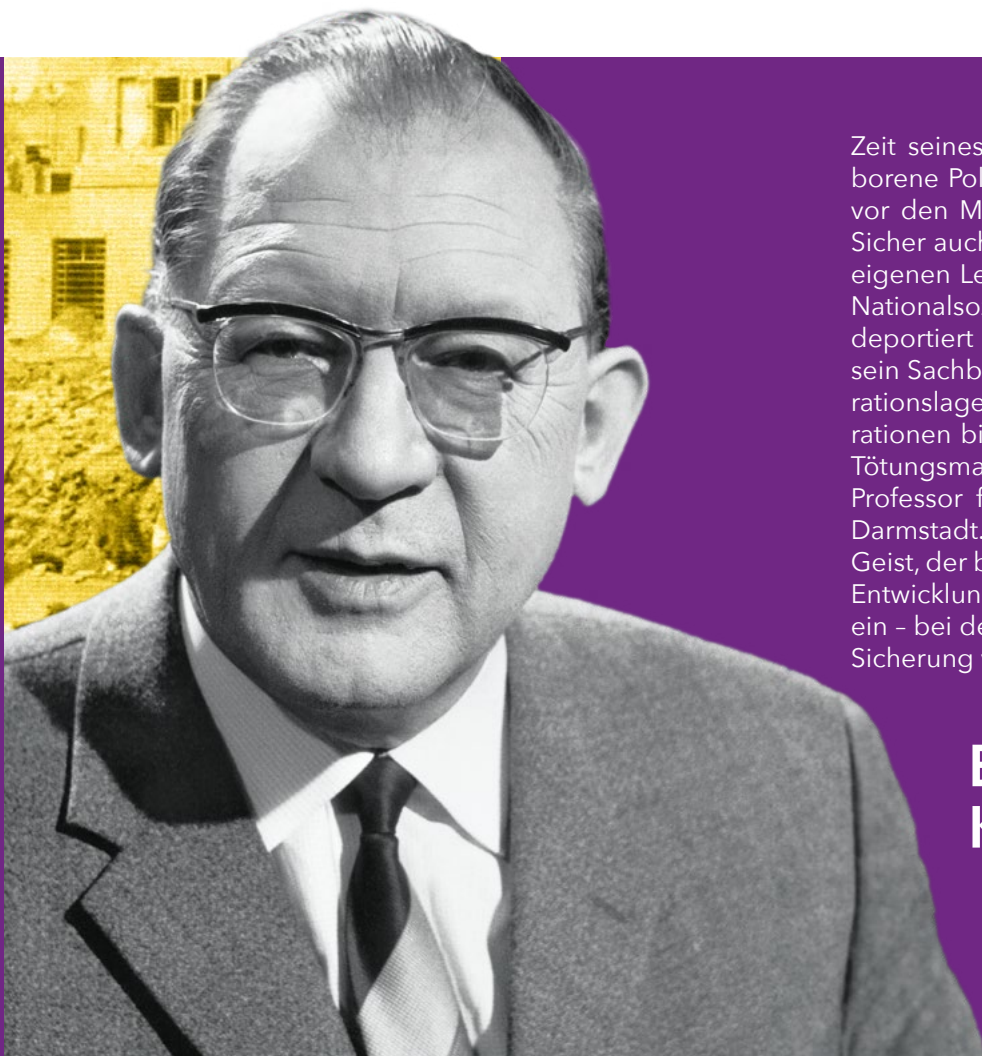
Sie bildet das Fundament unserer Demokratie: In kaum verändertem Wortlaut regelt sie seit 1946 das öffentliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Hessen. Die Verfassung besteht aus zwei Teilen und insgesamt 161 Artikeln. Teil 1 enthält die Rechte der Menschen, die Grund- und Freiheitsrechte. Teil 2 ordnet den „Aufbau des Landes“: die Arbeit und Zuständigkeiten der Landesregierung etwa, den Ablauf von Wahlen oder die Finanzierung aller staatlichen Aufgaben.

Vielen ist nicht bekannt, dass die Förderung von Sportvereinen oder die Stabilität digitaler Netze erklärte Staatsziele unserer Verfassung sind – oder dass die Verfassung Kinderarbeit verbietet, Nachhaltigkeit und Umweltschutz fordert und in Artikel 59 Unterrichtsgeldfreiheit garantiert. Eltern müssen für den staatlichen Schulbesuch nicht bezahlen.

Wer seine Rechte kennt, dem kann keiner etwas vormachen. Weder in persönlichen Diskussionen noch in den sozialen Medien. Ein Blick in die Verfassung kann da sehr hilfreich sein.

Wir haben alle darüber mitzuentcheiden, wohin der Weg in der Geschichte nun führen soll. Geben wir die Antworten nicht, die uns abverlangt werden, können wir heutzutage nicht mehr damit rechnen, dass alles einigermaßen gut gehen und gut enden werde.

– Eugen Kogon, 1977



Zeit seines Lebens nimmt der 1903 in München geborene Politikwissenschaftler und Soziologe kein Blatt vor den Mund, wenn es um politische Haltung geht. Sicher auch, weil er das Unheil politischer Systeme am eigenen Leib erfahren hat. 1938 wird der Gegner des Nationalsozialismus verhaftet, 1939 ins KZ Buchenwald deportiert und erst 1945 befreit. Schon 1946 erscheint sein Sachbuch „Der SS-Staat. Das System der Konzentrationslager“. Der Bestseller klärt nachfolgende Generationen bis heute mit Einblicken in die systematische Tötungsmaschinerie der Nazis auf. 1951 wird Kogon Professor für Politikwissenschaft an der heutigen TU Darmstadt. Auch von dort mischt sich der streitbare Geist, der bis zu seinem Tod 1987 im Taunus lebt, in die Entwicklung der jungen Bundesrepublik Deutschland ein – bei der Aufarbeitung von NS-Verbrechen und zur Sicherung von Frieden und Demokratie.

Eugen Kogon

* 1903 in München
† 1987 in Königstein im Taunus

Bild: picture alliance / Sammlung Richter

ROCK'N'ROLL UND STACHELDRAHT

HESSEN IM „KALTEN KRIEG“ DER SUPERMÄCHTE

Wer das nicht selbst erlebt hat, kann es kaum glauben: Eine streng überwachte Grenze mit Minensperren mitten durch Deutschland gab es tatsächlich. Noch lange nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind Menschen nur deshalb gestorben, weil sie von dem einen deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), in den anderen, die Bundesrepublik Deutschland, wechseln wollten.

WIE IST ES DAZU GEKOMMEN?

Die Siegermächte teilen Deutschland 1945 in vier Zonen auf: Den Westen besetzen Amerikaner, Briten und Franzosen, im Osten haben die Sowjets das Sagen. Nach Einigkeit im Krieg gegen das NS-Regime wird nun gestritten, vor allem über die Frage, ob Deutschland westlich-demokratisch, politisch neutral oder kommunistisch werden soll. Das verstärkt den Konflikt zwischen den drei Westalliierten und den Sowjets, aus dem schließlich ein „Kalter Krieg“ wird. In den ersten Monaten nach Kriegsende werden kleinere Probleme noch pragmatisch gelöst, wie ein Gebietstausch zwischen Hessen und Thüringen entlang der „Whiskey-Wodka-Linie“.



Mehr Hintergrundinformationen gibt es hier



ZWEI DEUTSCHE STAATEN

Am 23. Mai 1949 wird im Westen die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Im Osten Deutschlands entsteht am 7. Oktober 1949 nach sowjetischem Vorbild eine kommunistische Diktatur, die DDR. Viele wollen sich im Osten nicht damit abfinden, in einem Staat zu leben, der ihre Freiheiten stark einschränkt und jede Kritik mit Gefängnis beantwortet, und fliehen in die Westzonen und später in die Bundesrepublik. Zwischen 1946 und 1989 kommen fast 900.000 Flüchtlinge und legal Ausreisende nach Hessen. Um die Menschen am Verlassen der DDR zu hindern, werden an der 270 Kilometer langen Grenze zwischen Hessen und Thüringen Sperranlagen errichtet und 1961, nach dem Bau der Berliner Mauer, zu tödlichen Fallen mit Minensperren ausgebaut.

Die Wachmannschaften sind angewiesen, auf Fliehende zu schießen. Bis 1989 sterben weit über 200 Menschen beim Versuch, die Grenze zu überwinden, darunter 19 Kinder und Jugendliche. Etwa die Hälfte von ihnen ist zwischen 18 und 25 Jahre alt. Trotz aller Gefahren gelingt vielen die Flucht, manchmal spektakulär, etwa 1979 mit einem Heißluftballon.

Mehr über das
Grenzmuseum ist
hier zu erfahren

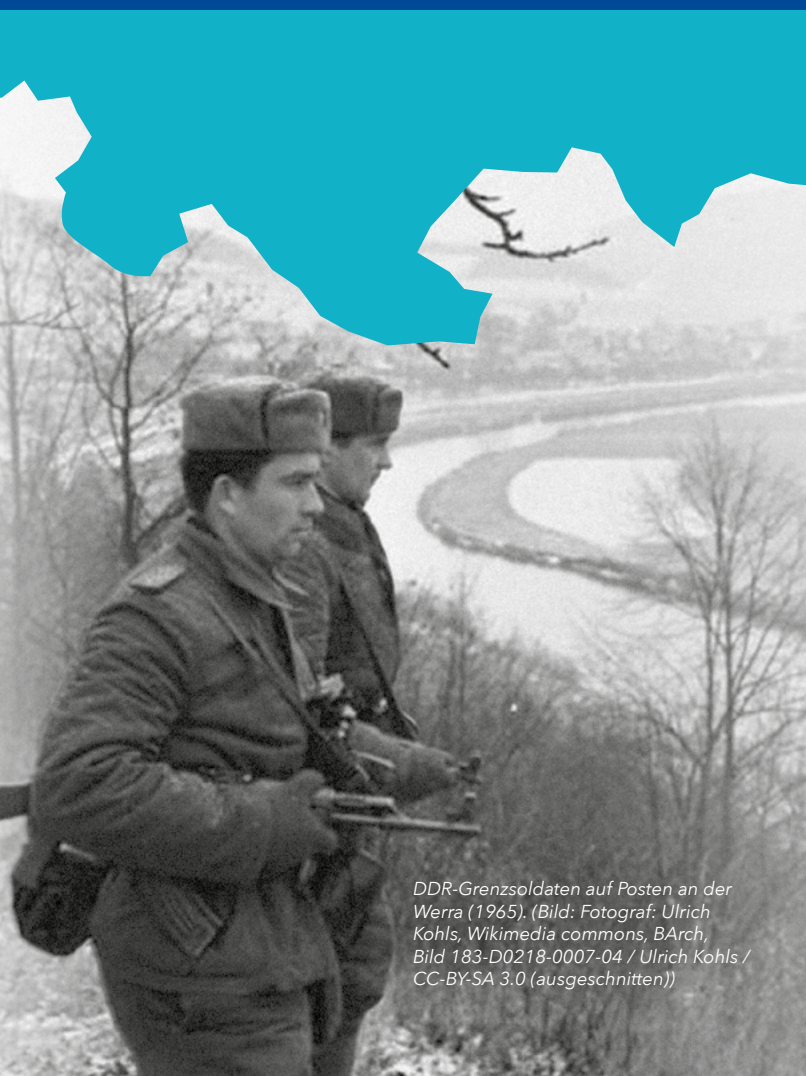


DIE WHISKEY-WODKA-LINIE

Nach der Einteilung Deutschlands in die vier Besatzungszonen wird die Bahnstrecke von Bremerhaven über Bebra zu einer wichtigen Nachschublinie für die Amerikaner. Sie führt allerdings bei Werleshausen an der Werra mehrere Kilometer durch die sowjetische Besatzungszone und sowjetische Soldaten blockieren immer wieder die Strecke. Um den Konflikt zu lösen, beschließen Vertreter der beiden Besatzungsmächte am 17. September 1945 im „Wanfrieder Abkommen“ einen Gebietstausch. Fünf hessische Dörfer mit allen 429 Einwohnerinnen und

Einwohnern kommen nach Thüringen und damit in die spätere DDR. Dafür wechseln zwei Dörfer mit 560 Einwohnerinnen und Einwohnern nach Hessen. Da die Verhandlungsführer Whiskey- und Wodka-Flaschen austauschen, heißt die kurze Bahnstrecke bald nur noch Whiskey-Wodka-Linie. Nach der deutschen Vereinigung bleibt der Gebietstausch bestehen. Am Ort des Geschehens, in Asbach-Sickenberg, dokumentiert das „Grenzmuseum Schifflersgrund“ dieses Besatzungskuriosum.

Grenzmuseum Schifflersgrund, Dennis Klose



DDR-Grenzsoldaten auf Posten an der Werra (1965). (Bild: Fotograf: Ulrich Kohls, Wikimedia commons, BArch, Bild 183-D0218-0007-04 / Ulrich Kohls / CC-BY-SA 3.0 (ausgeschnitten))

Erschossen bei der Flucht durch die Werra

Der 18-jährige Abiturient Hans-Dieter Genau aus Treffurt plant seit Langem in den Westen zu flüchten. Am 24. August 1969 beschließt er zusammen mit einem Freund, in der noch nicht durch Sperren gesicherten Werra in den Westen zu schwimmen. Im Wasser werden sie von einem Beobachtungsturm aus entdeckt. Die Wachposten schießen mit Maschinenpistolen auf sie und verletzen Genau tödlich. Sein Freund erhält einen Streifschuss und überlebt. Später wird er wegen „Republikflucht“ zu einer längeren Haftstrafe verurteilt. Offiziell heißt es, Hans-Dieter Genau sei ertrunken. Die Todeschützen sind so alt wie er.

VOR UND HINTER DEM „EISERNEN VORHANG“

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland trennt die innerdeutsche Grenze als „Eiserner Vorhang“ die westlichen Demokratien von dem sowjetischen Einflussbereich. Nach der Gründung der Bundeswehr 1955 und dem Beitritt der Bundesrepublik zum nordatlantischen Verteidigungsbündnis NATO werden in vielen hessischen Städten Truppen stationiert, vor allem aus den USA. Am osthessischen „Fulda-Gap“, das als besonders gefährdet für einen sowjetischen Einmarsch gilt, stehen sich hochgerüstete Truppen von NATO und Warschauer Pakt gegenüber, die jeweils eigene Beobachtungsstützpunkte unterhalten. Einer von ihnen, der amerikanische Point Alpha in der Nähe von Rasdorf, ist heute eine Gedenkstätte des Landes Hessen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

In den amerikanischen Ghettos entsteht der Hip-Hop mit seinem charakteristischen Sprechgesang (Rap). Mitte der 1980er-Jahre kommt er nach Deutschland und Frankfurt wird zu einem Zentrum des politisierten, mit Straßencodes durchsetzten Deutschraps. Moses Pelham, Rapper der ersten Stunde, etwa mit dem von ihm mitgegründeten Rödelheim Hartreim Projekt, wird zu einem der erfolgreichsten Produzenten des Genres. Für die Frankfurterin Sabrina Setlur produziert er 1997 „Du liebst mich nicht“. Ihr gelingt damit als erster Deutschrapperin ein Top-Eins-Hit. Während der Frankfurter Rap überwiegend in den deutschsprachigen Ländern erfolgreich ist, wird das aus Kassel stammende Pop-Duo Milky Chance mit Clemens Rehbein und Philipp Dausch seit 2013 weltweit gefeiert, auch in den USA, wo beide mehrfach vor großem Publikum auftreten. Seit 2022 lässt sich, einmalig in Europa, im Frankfurter MOMEM (Museum Of Modern Electronic Music), die Entwicklung der elektronischen (Tanz-)Musik, wie Techno, New Wave oder House, verfolgen.

USA IN HESSEN: POPKULTUR UND POLITIK

Mit den amerikanischen Soldaten hält in den 1950er-Jahren auch die amerikanische Kultur in Hessen Einzug. Während die Älteren die ersten Früchte des Wirtschaftswunders genießen, versuchen viele Jüngere dem kleinbürgerlichen Mief zu entfliehen und eigene Wege zu gehen, auch in der Musik. Ihr Idol wird der amerikanische Rock'n-Roller Elvis Presley, der von 1958 bis 1960 seinen Militärdienst im hessischen Friedberg ableistet. Mit seinen Songs, seinem spektakulären Outfit und dem erotischen Hüftschwung sorgt der 23-jährige Weltstar bei seinen Kritikern für Entsetzen und bei seinen jugendlichen Fans für Glücksgefühle. Seine Wohnungen in Bad Nauheim werden belagert, sein Auto „zieren“ mit Lippenstift gemalte Liebesgrüße. Bis heute sind Bad Nauheim und Friedberg Pilgerorte für Elvis-Verehrerinnen und Verehrer mit einem jährlich stattfindenden Festival rund um seinen Todestag am 16. August. Wie „lebendig“ er auch fast 50 Jahre nach seinem Tod ist, zeigen zwei weltweit erfolgreiche Biopics über ihn („Elvis“, 2022) und über seine spätere Frau, in die er sich in Bad Nauheim verliebt hatte („Priscilla“, 2023).

Nach dem King of Rock'n Roll kommt 1963 ein politischer Superstar aus den USA nach Hessen. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy besucht am 25. Juni 1963 Frankfurt und Wiesbaden. In Frankfurt jubeln ihm 150.000 Menschen auf der Fahrt im offenen Wagen zu. Am Römer erwarten ihn noch einmal 60.000 Menschen. In seiner Rede, die er in der Paulskirche hält, betont er das enge freundschaftliche Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Am nächsten Tag reist er nach Berlin weiter, wo er den Menschen in der geteilten Stadt Mut zuspricht und seinen berühmten Satz sagt: „Ich bin ein Berliner.“

Die 2021 errichtete Statue von Elvis Presley auf der Usa-Brücke in Bad Nauheim erinnert an den Aufenthalt des Rockmusikers in der Stadt. (Bild: privat)

Bild rechts: Der amerikanische Präsident John F. Kennedy am 25. Juni 1963 auf dem Weg vom Frankfurter Römerberg zur Paulskirche. Links von ihm der damalige Bundeswirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard. (Bild: als gemeinfrei gekennzeichnet, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:John_F._Kennedy_und_Ludwig_Erhard_1963_in_Frankfurt_am_Main.jpg?uselang=de, ausgeschnitten von HLZ, CC0 1.0)

Die Zukunft des Westens beruht auf der Atlantischen Partnerschaft - einem System der Zusammenarbeit, der wechselseitigen Abhängigkeit und Übereinstimmung zwischen Völkern, die ihre Lasten gemeinsam tragen und ihre Chancen in aller Welt gemeinsam nutzen können.

– John F. Kennedy am 25. Juni 1963
in der Frankfurter Paulskirche



UND HEUTE?

Nach der deutschen Vereinigung und dem Ende des „Kalten Kriegs“ werden viele militärische Standorte aufgelöst. Aber die amerikanische Präsenz hat für Hessen weiter eine herausragende Bedeutung. Das Generalkonsulat in Frankfurt ist das weltweit größte. In Wiesbaden befinden sich das Hauptquartier der US-Armee für Europa und Afrika, ein großer Militärflugplatz (Air Base) und weitere wichtige Einrichtungen. Mit dem amerikanischen Bundesstaat Wisconsin verbindet Hessen seit Langem eine erfolgreiche Landespartnerschaft. Dazu gehört auch ein großes Austauschprogramm.

DAS WIRTSCHAFTS- WUNDERLAND

Nur 15 Monate nach Kriegsende, im Juli 1946, rollt im Opelwerk Rüsselsheim das erste Nachkriegsauto vom Band. Dieser „Opel Blitz“, ein mittelschwerer Lkw mit 1,5 Tonnen Nutzlast, hat Strahlkraft, nicht nur wegen seines Namens. Hessens Wirtschaft nimmt nach 1945 schnell Fahrt auf. Und das, obwohl viele Industrieanlagen zerstört sind und Energie und Rohstoffe fehlen.



Blitz-Start 1946: das erste Nachkriegsauto in Rüsselsheim (Bild: Opel Automobile GmbH)

DIE WÄHRUNGS- REFORM

In der amerikanischen Besatzungszone stehen auch in Sachen Wirtschaft die Zeichen auf Aufbau. Zentrale Entwicklungen gehen von Hessen aus. Die Wirtschaftsverwaltung der Bizone, zu der seit Januar 1947 die amerikanischen und britischen Besatzungsgebiete in Deutschland zusammengelegt sind, wird in Frankfurt angesiedelt. Zum Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit“ in Bad Homburg machen die Amerikaner den Wirtschaftsfachmann Ludwig Erhard – und beauftragen ihn umgehend mit einer Währungsreform für die Westzonen.

Grund dafür ist die drohende Inflation. In der ersten Nachkriegsnot beschaffen sich die Menschen Lebensmittel über Bezugsscheine, durch Tauschgeschäfte oder gegen „Zigarettenwährung“ auf dem Schwarzmarkt. Die Folge: Die aktuelle Währung Reichsmark ist im Übermaß vorhanden und hat ihren Kaufwert verloren.

GEHEIMAUFTTRAG D-MARK

Die Währungsreform wird in Hessen „gemacht“: im **„Konklave von Rothwesten“** unter abenteuerlichen Umständen. Damit die Sowjets, die sich gegen eine gemeinsame Währungsreform entschieden haben, nichts mitbekommen vom Finanzvorhaben in der Westzone, bringen amerikanische Soldaten am 21. April 1948 in einer Nacht- und Nebelaktion elf deutsche Finanzexperten in die Gemeinde Rothwesten bei Kassel. In einer ehemaligen Fliegerkaserne entwickeln sie innerhalb von sieben Wochen gemeinsam mit den Westalliierten die Gesetze und Richtlinien zur Einführung der neuen Währung Deutsche Mark. Die geheime Mission wird von US-Militärpolizisten mit Maschinenpistolen bewacht. Historikerinnen und Historiker sagen heute, dass die spätere Teilung Deutschlands – aus den drei Westzonen wird die Bundesrepublik Deutschland, die sowjetische Besatzungszone SBZ wird zur DDR – mit der Währungsreform einen entscheidenden Schub erhalten hat.



Geldschein 50 Reichsmark (Bild: Urheber: Francisco Evans, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:50_Reichsmark_1938-1945.png?uselang=de, „50 Reichsmark 1938-1945“, ausgeschnitten von HLZ, CC BY-SA 3.0)

DAS NEUE GELD

Am 20. Juni 1948, einem Sonntag, wird die D-Mark erstmals ausgezahlt. Genauer: im Verhältnis 1:1 getauscht. Jeder Bürger erhält für 40 Reichsmark 40 D-Mark. Später gibt es noch einmal 20 D-Mark pro Person dazu. Über Nacht liegen wieder Waren in den Schaufenstern. Weil Preise und Lebenshaltungskosten schneller steigen als der Lohn, gibt es Ende 1948 Streiks der Arbeiterschaft in den Westzonen. Doch ab 1949 stabilisiert sich die Situation in Hessen, unterstützt auch durch den Marshall-Plan. Von den 13,12 Milliarden US-Dollar, die dieses amerikanische Wiederaufbauprogramm von 1948 bis 1952 für die Staaten Westeuropas vorsieht, fließen 1,41 Milliarden Dollar in die Wirtschaftsförderung der jungen Bundesrepublik.



Umtauschstelle Währungsreform (Bild: BArch, Bild 147-0739 / Fotograf*in unbekannt / CC-BY-SA 3.0 (ausgeschnitten))

Hier gibts
noch mehr
zu erfahren



„JETZT KOMMT DAS WIRTSCHAFTS- WUNDER“

Die 1950er- und 1960er-Jahre erlebt Hessen wie das übrige Westdeutschland als Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders. Die Wirtschaft boomt. Neue Unternehmen entstehen, Waren und Güter werden produziert und ins Ausland exportiert, die Menschen haben Arbeit und können sich wieder etwas leisten.

Die Hessen erweisen sich als besonders fleißig. Ab den 1950ern brummen die Industrieanlagen: in Südhessen die Autobranche mit Opel, die Chemie mit den Farbwerken Hoechst in Frankfurt und Merck in Darmstadt, die Metallindustrie und der Maschinenbau im gesamten Land. In der Regierungszeit von Ministerpräsident Georg August Zinn - von 1950 bis 1969 - erreicht das Land überdurchschnittliche Wachstumsraten.

Dazu ein paar Zahlen: Hessens Nettoinlandsprodukt pro Einwohnerin oder Einwohner liegt **1950** vier Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, **1966** schon fünf Prozent darüber. Die Arbeitslosenquote sinkt von 15 Prozent (Höchststand 1950) auf konstant unter zwei Prozent (in den 1960ern). **1957** wird Hessen zum Geberland im Länderfinanzausgleich, das heißt, aus Hessen, das um 1950 selbst noch zu den ärmeren Ländern gehörte, fließt nun Geld in weniger finanzstarke Bundesländer. **1963** verzeichnet das Land das höchste Steueraufkommen pro Kopf in der Bundesrepublik Deutschland.

KEIN WUNDER OHNE „GAST- ARBEITER“

Ende der 1950er-Jahre melden die ersten hessischen Unternehmen Vollbeschäftigung. Zusätzliche Arbeitskräfte sind gefragt und werden über spezielle Länderabkommen aus dem Ausland angeworben. Anfang April 1956 trifft die erste Gruppe italienischer Arbeiter in Darmstadt ein, ihre Landsleute bilden bis 1963 die stärkste Gruppe der ausländischen Beschäftigten in Hessen. In einer zweiten Anwerbewelle folgen Arbeitskräfte aus Spanien, Griechenland, Portugal und aus der Türkei. Die Zahlen wachsen wie der Aufschwung sprunghaft: 1958 leben knapp 8.000 ausländische Arbeiter in Hessen, 1960 schon 25.000 und 1963 rund 87.000. Die frühen Arbeitsmigranten werden „Gastarbeiter“ genannt. Sie kommen in der Hoffnung, schnell Geld zu verdienen und dann wieder in ihre Heimat zurückgehen zu können. Davon gehen auch die Deutschen aus. Manches Unternehmen in Frankfurt oder Hanau baut seinen Fremdarbeitern eigene Wohnheime. Doch meist werden die Gastarbeiter in einfachen Sammelunterkünften untergebracht, eingesetzt werden sie überwiegend für schwere körperliche, oft mit Schmutz verbundene Arbeit in der industriellen Produktion, im Baugewerbe und im Bergbau.

HÖCHSTLEISTER HEUTE



MONEY

Die Stadt Frankfurt, die 1949 bei der Bundeshauptstadtfrage von Bonn geschlagen wird, verkraftet die Enttäuschung gut. Die Main-Metropole entwickelt sich zum internationalen Messe-, Banken- und Börsenplatz. Die Frankfurter Buchmesse, international bis heute die wichtigste ihrer Art, öffnet schon 1949 wieder, 1951 lenkt die erste IAA den Blick auf Wirtschaftswunder-PS. Ihren Ruf als Europas wichtigster Finanzplatz hat die Stadt inzwischen längst gefestigt.



ÜBERFLIEGER

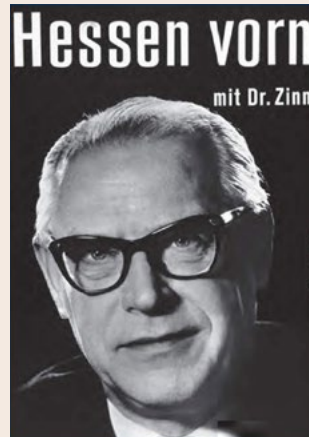
Ob bei Passagierzahlen, Flugbewegungen oder Frachtaufkommen: Der Frankfurter Flughafen ist Deutschlands größtes Luftdrehkreuz. Mit mehr als 80.000 Beschäftigten in den Unternehmen auf seinem Gelände ist er zudem die größte deutsche Betriebsstätte. Größter Kunde des Flughafenbetreibers Fraport ist die Lufthansa. Mit rund 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Frankfurt ist die Fluggesellschaft Hessens größter privater Arbeitgeber.

WEICHENSTELLER

Georg August Zinn

* 1901 in Frankfurt
† 1976 in Frankfurt

wird „Baumeister des modernen Hessen“ genannt. In seinen 19 Jahren als Ministerpräsident macht der charismatische Politiker Hessen zum sozialdemokratischen Musterland - und zum wirtschaftlichen Vorreiter in der Bundesrepublik. Seine Ideen dafür präsentiert er jeweils zu Beginn seiner drei Regierungszeiten als „Hessen-Pläne“. So dirigiert Zinn zunächst erfolgreich die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und stärkt dann den ländlichen Raum im Norden Hessens. Sein Ziel ist ein „möglichst ausgeglichener Wohlstand zwischen den Landesteilen“. Mit „Dorf-gemeinschaftshäusern“ - inklusive Jugendräume, Büchereien oder Anlagen zur Verarbeitung von Obst - stoppt Zinn die Landflucht junger Leute, mit einer Flurbereinigung sorgt er für effiziente Landwirtschaft. Das 1957 im nordhessischen Baunatal neu gebaute VW-Werk belebt die dortige Industrie - gemäß Zinns Wahlkampfmotto 1962: „Hessen vorn.“



Wahlkampf-Plakat der hessischen SPD, 1962
(Bild: SPD/AdsD, 6/PLKA009744)

Ludwig Erhard

* 1897 in Fürth
† 1977 in Bonn

steigt im März 1948 zum Direktor für Wirtschaft der bizonalen Verwaltung in Frankfurt auf. Damit ist er zuständig für die Wirtschaftspolitik in den westlichen Besatzungszonen. Für deren wirtschaftlichen Aufstieg entwickelt er das Modell der sozialen Marktwirtschaft, das auf Wettbewerb und die Aufhebung von Preisbindung setzt. 1949 wird Erhard erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, 1963 dann ihr zweiter Bundeskanzler. Er gilt als „Vater der D-Mark“, seine qualmende Zigarre wird Markenzeichen des Wirtschaftswunders.

Das politische Gesicht des Wirtschaftswunders: Ludwig Erhard (Bild: BArch, B 145 Bild-F004204-0003 / Doris Adrian / CC-BY-SA 3.0 (ausgeschnitten und coloriert))



DATENHIGHWAY XXL

Mit DE-CIX beherbergt Frankfurt den größten Internetknoten der Welt. Die Datenkreuzung im XXL-Format ist von 600 Rechenzentren weltweit erreichbar und schafft Datenverbindungen für Netzbetreiber, Internet-Provider, Content-Anbieter, KI-Entwickler und Unternehmensnetze. Regelmäßig meldet der Knoten-Betreiber neue Rekorde: 2024 sind mehr als 45 Exabyte an digitalen Daten geflossen. Genug, um ein Fußballspiel von 1,3 Millionen Jahren Dauer zu streamen.



VOLL ÖKO

Hessen ist das erste Ökoland bundesweit: Landkreise und kreisfreie Städte fördern gemeinschaftlich den ökologischen Landbau. Ob bei Tierhaltung, Düngung oder Gemüseproduktion - Klima und Umwelt werden durch nachhaltige Landwirtschaft geschützt und die Ökolandflächen ausgeweitet. Unterstützung kommt aus der Forschung: Der Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel in Witzenhausen arbeitet eng mit den Ökolandwirten zusammen.

MUT UND MENSCHLICHKEIT GEGEN TERROR UND MORD

Wegen Beihilfe zum Massenmord wird die 99-jährige Irmgard F. im August 2024 zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Damit endet der letzte deutsche Prozess gegen ehemalige Bedienstete in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Warum sind erst so lange nach dem Ende der NS-Diktatur die Schuldigen am Holocaust verurteilt worden?

Nach den Nürnberger Prozessen der Alliierten gegen die nationalsozialistischen „Hauptkriegsverbrecher“ und den als langwierig empfundenen Entnazifizierungsverfahren wollen viele Deutsche bereits einen Schlussstrich ziehen und sich auf den Wiederaufbau konzentrieren. Deutschland habe schließlich schon

genug gelitten, heißt es. Auch Richter und Staatsanwälte zeigen wenig Interesse an einer juristischen Aufarbeitung, denn meist sind sie schon in der NS-Zeit aktiv gewesen und fürchten, wegen ihrer Anklagen oder Urteile selbst belangt zu werden. Zudem ist es schwierig, an Beweismaterialien zu den millionenfachen Morden zu gelangen, denn die Vernichtungslager Auschwitz, Majdanek, Belzec, Sobibor und Treblinka standen nicht auf deutschem Boden, sondern in Polen. Mit dem jetzt kommunistischen Land gibt es keinen juristischen Austausch. Außerdem dürfen nach deutschem Recht Straftaten zunächst nur dort verfolgt werden, wo sie begangen wurden. Erst Anfang der 1950er-Jahre ändert sich das. Nun kommen auch Verbrechen vor Gericht, die Deutsche im Ausland verübt haben.

NS-TÄTER VOR GERICHT

In der jungen Bundesrepublik

3.346

Strafverfahren wegen NS-Verbrechen werden 1949 in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik geführt.

1.474

Verurteilungen gibt es im selben Jahr.

In den Folgejahren sinkt die Zahl der Strafprozesse deutlich. Erst ab Mitte der 1960er-Jahre steigen sie durch den Frankfurter Auschwitz-Prozess wieder an.

DIE HADAMAR-PROZESSE

In den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind die Alliierten für die Verurteilung von Deutschen zuständig, die während der NS-Herrschaft Gewalttaten begangen haben. So werden im Oktober 1945 Ärzte und Anstaltspersonal der „Landesheilanstalt“ Hadamar vor ein amerikanisches Militärgericht in Wiesbaden gestellt und wegen der ihnen nachgewiesenen Morde an Patientinnen und Patienten zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt.

Im Rahmen der verbrecherischen „Aktion T4“ sind in Hadamar ab Januar 1941 über 10.000 kognitiv und körperlich beeinträchtigte Menschen ermordet worden. Nach öffentlichem und nicht

öffentlichem Protest wird das Morden im August 1941 eingestellt, aber in einer zweiten Phase, von August 1942 bis Ende März 1945, wieder aufgenommen. Noch einmal werden über 4.500 Menschen in Hadamar ermordet. Darunter sind auch viele kranke und entkräftete Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. 1947 kommt es vor dem Frankfurter Landgericht zu einem weiteren Prozess. Dabei werden aber letztlich mildere Strafen ausgesprochen als in dem ersten Verfahren.

Heute befindet sich im Hauptgebäude der ehemaligen Tötungsanstalt die Gedenkstätte Hadamar.

Foto der Tötungsanstalt Hadamar mit rauchendem Schornstein des Krematoriums, 1941 (Bild: Gedenkstätte Hadamar, Sammlung, FS 4).

Mehr Hintergrundinformationen auf der HLZ-Webseite



DEUTSCHLAND VS. HESSEN (1949-2005)

	Bundesweit	Hessen
Ermittlungsverfahren	36.000	4.095
Beschuldigte	172.000	2.574
Verurteilungen	6.656	1.095

DER FRANKFURTER AUSCHWITZ-PROZESS

Der Massenmord an den europäischen Juden beschäftigt die Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland erst seit Ende der 1950er-Jahre. Große Aufmerksamkeit findet der Frankfurter Auschwitz-Prozess, der sein Entstehen dem unermüdlichen Einsatz des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer verdankt.

Den entscheidenden Hinweis auf die Organisation des Massenmordes erhält Fritz Bauer vom Journalisten Thomas Gnielka am 15. Januar 1959 per Post. Seinem Brief legt Gnielka offizielle Listen mit den Namen von in Auschwitz erschossenen Gefangenen bei. Auch die Namen der Täter sind aufgeführt. Ein KZ-Überlebender, Emil Wulkan, hat sie zufällig am Kriegsende aus dem brennenden Breslauer SS- und Polizeigericht gerettet. Aus den Dokumenten wird deutlich: Keiner der Täter ist bestraft worden. Bauer erkennt die Bedeutung und beginnt zu recherchieren. Er will in einem großen Strafprozess dokumentieren, wie teuflisch der Massenmord im Vernichtungslager Auschwitz organisiert war. Ende Dezember 1963

beginnt in Frankfurt die Hauptverhandlung gegen 22 Angeklagte. In 20 Monaten vernimmt das Gericht 360 Zeuginnen und Zeugen, darunter 211 Auschwitz-Überlebende. Was die Öffentlichkeit über die unvorstellbaren Gräueltaten und die menschenverachtende Grausamkeit der SS-Bewacher in dem Vernichtungslager erfährt, wollen viele Deutsche zunächst nicht glauben. Aber die gut vorbereitete und sorgsame Prozessführung widerlegt jeden Zweifel.

Am 19. und 20. August 1965 werden die Urteile verkündet. Sie fallen eher mild aus, denn bei den Angeklagten handelt es sich überwiegend um Angehörige des Lagerpersonals, die nicht als Täter, sondern nach Ansicht des Gerichts als bloße Gehilfen verurteilt werden. Trotzdem hat der Prozess eine aufrüttelnde und weitreichende Wirkung. Er markiert den Beginn der systematischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Heute zählen die Tonaufzeichnungen und Akten des Prozesses zum UNESCO-Weltdokumentenerbe.



Der Frankfurter Auschwitz-Prozess. Blick in den Gerichtssaal im Haus Gallus, wo der Prozess ab April 1964 geführt wurde. (Bild: picture alliance / ASSOCIATED PRESS /)

SCHINDLERS LISTEN

Obwohl sie sich selbst in große Gefahr bringen, gibt es unter der nationalsozialistischen Diktatur Menschen, die sich für die Rettung von Verfolgten einsetzen. Ihr Mut und ihre Zivilcourage sind lange nicht gewürdigt worden. Zu ihnen gehört Oskar Schindler. Kurz nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs pachtet er eine insolvente und von den deutschen Besatzern konfiszierte Emaillefabrik, die er 1942 kauft, um auch mit der Ausbeutung von Zwangsarbeitern Geld zu verdienen. Aber als er im März 1943 die Liquidierung des Ghettos Krakau miterlebt, ändert er seine Gesinnung. Zusammen mit seiner Frau Emilie und zwei jüdischen Mitarbeitern gelingt es ihm, mehr als 1.000 Jüdinnen und Juden, die er in Namenslisten erfasst hat, zu beschäftigen und damit vor dem Transport in die Vernichtungslager zu retten. Immer wieder muss er dafür kämpfen, aber als Hersteller von, wie es heißt, „siegentscheidenden“ Produkten kann er sich gegen die NS-Schergen durchsetzen.

Über die mutige, von Oskar und Emilie Schindler organisierte Rettungstat schreibt der australische Autor Thomas Keneally 1982 einen Roman, den Steven Spielberg 1993 unter dem Titel „Schindlers Liste“ verfilmt. Die emotional packende Geschichte ist ein weltweiter Kinoerfolg und wird mit sieben Oscars prämiert. Der Film löst eine Debatte aus, ob der millionenfache Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden in einer künstlerischen Form dargestellt werden kann und darf. Dem Film gelingt es, für die Schrecken und Leiden der Holocaust-Opfer zu sensibilisieren. Gerade in Deutschland regt er viele an, sich mit den Zeugnissen der jüdischen Geschichte und dem Holocaust zu beschäftigen.

*Bild oben rechts: Oskar Schindler
(Bild: Yad Vashem Photo Archive, 1317/2)*

Bild unten rechts: Fritz Bauer (Bild: Schindler-Foto)

Oskar Schindler

* 1908 in Svitavy (Zwittau)
† 1974 in Hildesheim

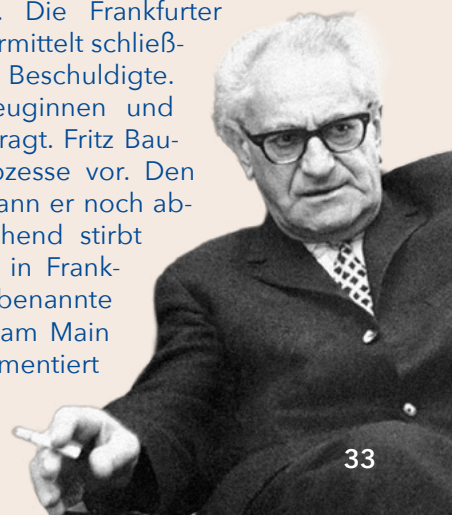
Der 1908 geborene Oskar Schindler hat eine zwielichtige Karriere mit Geheimdienstaktivitäten hinter sich, als er sich nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs als Unternehmer in dem von deutschen Truppen besetzten Polen versucht. Aus dem Glücksritter wird ein Held, der sich für keinen Betrug und keine Bestechung zu schade ist, „seinen“ Jüdinnen und Juden zu helfen. Nach dem Krieg fällt es ihm schwer, wieder Fuß zu fassen. Menschen, die ihm ihr Leben verdanken, unterstützen ihn finanziell. Ab 1957 lebt er in Frankfurt am Main. Aber erst 1966 wird der Frankfurter Stadtjugendpfarrer Dieter Trautwein auf ihn aufmerksam, als er bei einer Israel-Reise den Namen in der Gedenkstätte Yad Vashem entdeckt. Am 25. Mai 1967 bittet er ihn zu einer Podiumsveranstaltung, auf der Schindler über seine Rettungsaktion berichtet. Das ist sein erster öffentlicher Auftritt. Seinen späten internationalen Ruhm erlebt Oskar Schindler nicht mehr. Er stirbt 1974 in Hildesheim.



Fritz Bauer

* 1903 in Stuttgart
† 1968 in Frankfurt

Der 1903 geborene Fritz Bauer stammt aus einer liberalen jüdischen Familie und betätigt sich schon früh politisch, unter anderem in der SPD. 1933 wird er deswegen verhaftet und in KZs inhaftiert. 1936 flieht er zunächst nach Dänemark und dann nach Schweden. 1949 kehrt er in seine Heimat zurück, wo er sich gegen viele Widerstände für den Aufbau einer neuen demokratischen Rechtsordnung und die Bestrafung nationalsozialistischer Gewalttäter einsetzt. Im Januar 1959 beginnt er damit, die Verbrechen in den Vernichtungslagern und in den „Heilanstalten“ vor Gericht zu bringen. Trotz massiven Angriffen gegen seine Person resigniert er nicht. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft ermittelt schließlich gegen 1.200 Beschuldigte. Mehr als 1.000 Zeuginnen und Zeugen werden befragt. Fritz Bauer bereitet drei Prozesse vor. Den Auschwitz-Prozess kann er noch abschließen. Überraschend stirbt er am 1. Juli 1968 in Frankfurt. Das nach ihm benannte Institut in Frankfurt am Main erforscht und dokumentiert die „Geschichte und Wirkung des Holocaust“.



STRESSTEST FÜR DIE DEMOKRATIE

Während die Kriegsgeneration Anfang der 1960er-Jahre im Schweigen verharrt, gehen ihre inzwischen erwachsenen Kinder auf die Straße. Mit Demonstrationen gegen überkommene Hochschulstrukturen, gegen den Vietnamkrieg und die geplanten Notstandsgesetze testen vor allem Studierende die Verbindlichkeit der demokratischen Grundrechte. Frankfurt ist eine Hochburg des Protests.



Polizeieinsatz bei einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg während einer deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche auf dem Frankfurter Römerberg (Bild: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, S7Wei Nr. 1854-20a, Kurt Weiner)

WOGEGEN PROTESTIERT WIRD

„Gegen den Bildungsnotstand“ versammeln sich 3.000 Studierende am 1. Juli 1965 vor dem Frankfurter Römer. Unterstützt wird ihre Aktion vom damaligen Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert (SPD) sowie von zahlreichen Professoren. Konfrontativer wird der Protest gegen veraltete Lehrinhalte und mangelhafte Arbeitsbedingungen im Mai 1967 an der Philipps-Universität Marburg. Wegen der Kürzung von Landesgeldern für ihre Uni treten die Studierenden in einen zweitägigen Vorlesungsstreik.

Gegen den Vietnamkrieg: Nachdem die USA im März 1965 offen in den Krieg zwischen Nord- und Südvietnam eingegriffen haben, solidarisieren sich auch in Hessen viele Menschen mit den weltweiten Protesten für einen Friedensschluss. Es kommt zu Aktionen im Frankfurter Amerikahaus, zu Kundgebungen bei deutsch-amerikanischen Freundschaftsveranstaltungen oder vor Geschäften, die kurz nach Kriegsende für die US-Besatzer eingerichtet worden waren.

WIE DIE „AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION“ (APO) ENTSTEHT

Die Große Koalition ist der erste Zusammenschluss der beiden großen Volksparteien zu einer Bundesregierung in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Unter Führung von Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Vizekanzler Willy Brandt (SPD) will sie vor allem die Flaute des Wirtschaftswachstums stoppen. Im Bundestag hat sie kaum eine Opposition und kann ihre Gesetzesvorhaben durchbringen. Widerstand gegen die von der Jugend als bürgerfern empfundene Politik entsteht auf der Straße: „Außerparlamentarische

Opposition“, kurz APO, nennen die Studierenden ihren Protest. Ihre Forderungen unterstreichen sie mit kreativen Demonstrationsformaten. Gegen selbstherrlich und autoritär lehrende Professoren und für mehr studentische Mitbestimmung in den Hochschulgremien beispielsweise blockieren sie den Unibetrieb mit Go-ins, Sit-ins oder Teach-ins. 1968 etwa lassen Studierende in Marburg die Rektorenwahl platzen. In Frankfurt besetzt die APO für eine Woche das Rektorat und benennt die Hochschule in „Karl-Marx-Universität“ um.



WAS IST EIN ...

Go-in: demonstratives Eindringen in einen Veranstaltungsraum

Sit-in: Sitzstreik

Teach-in: eine von Aktivistinnen und Aktivisten gehaltene Diskussion oder Lehrveranstaltung

*„Umbenennung“ der Goethe-Uni
(Bild: Universitätsarchiv Frankfurt am Main)*

Gegen die Notstandsgesetze protestieren Ende Oktober 1966 allein in Frankfurt mehr als 20.000 Menschen. Sie reagieren auf die Ankündigung der damaligen Bundesregierung, direkt nach Amtsantritt im November 1966 die „Notstandsgesetze“ auf den Weg zu bringen. Diese Gesetze sollen den Staat im Verteidigungsfall oder bei inneren Unruhen in die Lage versetzen, schnell zu handeln. Dazu können Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt oder ausgesetzt werden. Viele Menschen fühlen sich an die Ermächtigungsgesetze erinnert, mit denen die Nationalsozialisten den Rechtsstaat und die Demokratie ausgehebelt hatten. Den fast zwei Jahre anhaltenden Protesten zum Trotz wird das umstrittene Gesetzespaket im Mai 1968 verabschiedet.

Gegen das Schweigen: Schon der Frankfurter Auschwitz-Prozess hat bei vielen jungen Leuten ein Misstrauen gegenüber den Eltern und ihrer möglichen Rolle im Nationalsozialismus ausgelöst. „Was habt Ihr eigentlich gemacht?“ wird in vielen Familien zur mitunter lautstarken Vertrauensfrage. Doch die Kriegsgeneration, die die menschenunwürdigen Schrecken von NS-Zeit und Weltkrieg bewusst erlebt hat, schweigt. Ihre Wortlosigkeit wird von vielen der ersten Nachkriegsgeneration als Verdrängung der Vergangenheit verstanden.

PROTESTZENTRUM FRANKFURT AM MAIN

Kern der APO wird Mitte der 1960er-Jahre der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der einstige Hochschulverband der SPD, von dem die Partei sich 1961 wegen unvereinbarer Ziele getrennt hatte. Die Tatsache, dass der SDS-Bundesvorstand sein Büro in Frankfurt hat, macht die Main-Metropole neben Berlin zu einem Zentrum der deutschen Studentenproteste. Zahlreiche Kongresse und Zusammenkünfte finden hier statt.

Rudi Dutschke, Kopf der Berliner Studentenbewegung, ist oft mit dabei; schon seinen ersten weithin beachteten Auftritt hat er 1966 auf der SDS-Delegiertenkonferenz in Frankfurt. Zu den Köpfen des Frankfurter SDS gehören die Brüder Frank und Karl-Dietrich (KD) Wolff, außerdem Daniel Cohn-Bendit, der im Mai 1968 zum Sprecher der Pariser Studierenden und dann nach Unruhen aus Frankreich ausgewiesen wird.

Bereits 1964 dem SDS beigetreten ist Hans-Jürgen Krahl, der am Institut für Sozialforschung bei Theodor W. Adorno promoviert, sich jedoch später mit Adorno überwirft. Auf dem Weg zu einer SDS-Versammlung kommt der Aktivist mit 27 Jahren bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

Vordenker: Theodor W. Adorno,
Hans-Jürgen Krahl und KD Wolff (v. l. n. r.)
(Bild: Barbara Klemm)



DIE FRANKFURTER SCHULE

Intellektuelle Inspiration für die Studentenbewegung liefert das Institut für Sozialforschung in Frankfurt, eröffnet 1924, von den Nationalsozialisten geschlossen und 1951 feierlich wiedereröffnet. Hier beschäftigen sich vor allem Sozialwissenschaftler und Philosophen mit den Veränderungsmöglichkeiten einer kapitalistischen Gesellschaft hin zu mehr Gerechtigkeit und Emanzipation. Max Horkheimer, der im US-amerikanischen Exil lebende Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas sind die herausragenden Vertreter dieser Denkrichtung, die seit Ende der 1960er-Jahre „Frankfurter Schule“ genannt wird.

Als Professoren an der Goethe-Universität diskutieren sie mit den Studierenden die Fragen der von ihnen geprägten „Kritischen Theorie“. Zum Beispiel: Wie funktioniert eine demokratische Öffentlichkeit? Wie beeinflussen Ideologien das Zusammenleben der Menschen? Wie entsteht und erhält sich Macht? Mit ihrem zukunftsweisenden Denken legt die Frankfurter Schule die Basis für die Forderungen der Studentenbewegung. Deren zunehmende Gewaltbereitschaft führt jedoch schließlich zum Bruch mit den geistigen Vätern.

Die Kritische Theorie erklärt: es muss nicht so sein, die Menschen können das Sein ändern, die Umstände dafür sind jetzt vorhanden.

– Max Horkheimer, 1937

UND DIE 68ER-FRAUEN?

Beim Frankfurter SDS-Bundeskongress im September 1968 spricht Hans-Jürgen Krahl, der sich gern als bestimmender Kopf der Bewegung in Szene setzt, gerade ins Mikrofon, als ihm plötzlich Tomaten um die Ohren fliegen. Abgefeuert hat sie seine Mitaktivistin Sigrid Rüger – als Demonstration in eigener Sache. Denn der Kampf für gleiche Rechte gilt den 68er-Männern nichts in den eigenen Reihen. Frauen sind ok, aber am besten im Hintergrund oder als attraktive Begleitung. Also stellen sich die 68er-Frauen auf eigene Beine. Neu gegründete „Frauen- und Weiberräte“ werden zur Wurzel der Frauenbewegung in den 1970er-Jahren.

Noch mehr Informationen
rund um die Studenten-
proteste gibt es hier



SCHÜSSE, STEINE, WASSERWERFER

Der 2. Juni 1967 ist ein Wendepunkt in der Geschichte der Studentenbewegung: Am Rande einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des persischen Schahs in Berlin erschießt ein Polizist den Studenten Benno Ohnesorg. Das Entsetzen ist groß, in fast allen Universitätsstädten der Bundesrepublik Deutschland schließen sich nun Studierende den APO-Protesten an. Auf einem „Teach-In“ am 5. Juni sprechen an der Universität Frankfurt deren damaliger Rektor Walter Rüegg und der Soziologieprofessor Jürgen Habermas.

Drei Tage später ziehen rund 10.000 Menschen in einem Schweigemarsch von der Universität zum Römer. In Gießen nehmen rund 2.000 Menschen am Trauermarsch teil, darunter auch Professoren. Die Studentenbewegung radikalisiert sich, die Auseinandersetzungen werden härter, die Störaktionen massiver, der Einsatz von Gewalt wird diskutiert. 1968 erreicht die Studentenbewegung ihren Höhepunkt.

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 kommt es bundesweit zu den sogenannten Osterunruhen. Bei Demonstrationen und Straßenschlachten fliegen Steine und Brandsätze, die Polizei setzt Schlagstöcke, Wasserwerfer und Panzerwagen ein.

BRANDSTIFTER

Auf der Frankfurter Zeil brennt es schon im April 1968. In der Nacht vom 2. auf den 3. April explodieren in zwei Kaufhäusern mehrere Brandsätze. Die Feuerwehr kann die Feuer löschen, ehe sie auf Nachbarhäuser übergreifen, Menschen kommen nicht zu Schaden. Die Brandstifter – Gudrun Ensslin, Thorwald Proll, Andreas Baader und Horst Söhnlein – werden gefasst und zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt, woraufhin sich Ensslin und Baader in die Illegalität begeben.

Die Rolle der Anschläge in Hessen für die Geschichte der Roten Armee Fraktion (RAF) wird bis heute kontrovers diskutiert und zum Teil als Startpunkt des RAF-Terrorismus gedeutet. Ensslin und Baader werden später zu den führenden Köpfen der RAF und die Gruppierung erschüttert ab den 1970er Jahren die Bundesrepublik Deutschland mit tödlichen Anschlägen und Attentaten auf Politiker, Polizisten und Wirtschaftsentscheider.

WAS BLEIBT

Ende 1969 verliert die Studentenbewegung an Strahlkraft. Auch wenn die vergleichsweise kurze Episode in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte „nur“ den akademischen Teil der ersten Nachkriegsgeneration betrifft, so ist sie doch ein wertvoller Stresstest für die Demokratie – nicht nur in Hessen. Scheinbar selbstverständlich gewordene Grundwerte der Verfassung, weil auf dem Papier festgeschrieben, werden hinterfragt. Wie haltbar, wie dehnbar sind Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit von Wissenschaft und Presse,

die Unabhängigkeit der Justiz? Wie alltagstauglich ist unsere Grundordnung, wo besteht Nachbesserungsbedarf, auch bei ihrer Anwendung?

Nachgebessert wird nach den Studentenprotesten im Hochschulland Hessen die Mitbestimmung der Studierenden. Das Hochschulgesetz von 1966 wird novelliert, die Studierenden erhalten prozentual geregelte Mitsprache in den Gremien. Das vielfach kritisierte Entscheidungsvorrecht der Professoren ist damit 1970 abgeschafft.

GRENZEN – ÖFFNEN, ÜBERSCHREITEN, RESPEKTIEREN

Hessen ist von sechs Bundesländern umgeben. Die Landesgrenzen können wir jederzeit passieren. Das ist nicht immer so. Wer zum Beispiel 1789 von Frankfurt mit der Kutsche in die nur wenige Kilometer entfernte Landgrafschaft Hessen-Homburg fahren will, muss an sieben Grenz- oder Zollstationen Halt machen. Denn Deutschland ist in viele Klein- und Kleinststaaten zersplittert. Noch zwischen 1945 und 1989 trennen Hessen knapp 270 Kilometer vom Nachbarland Thüringen – als längste innerdeutsche Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.



Begrüßung am 10. November 1989 am hessischen Grenzübergang Herleshausen (Bild: Erich Mehr)

„WIR SIND DAS VOLK“ - DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG 1989/90

Selten hat ein einziges Wort so weitreichende Folgen, wie das „sofort“ am 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin. Noch trennt beide deutsche Staaten die von der DDR-Seite mit Landminen bestückte Grenze. Millionen Menschen in der DDR protestieren seit Wochen gegen ihre Regierung und für Reisefreiheit, um auch ihre Freunde und Verwandten im Westen, zum Beispiel in Hessen, besuchen zu können. „Wir sind das Volk“ rufen sie auf den Straßen. Während die Staatsführung noch überlegt, was sie den Protesten entgegensetzen kann, erklärt der nur unzureichend informierte DDR-Funktionär Günter Schabowski vor Journalistinnen und Journalisten, jeder könne nun „sofort, unverzüglich“ in den Westen reisen. Schabowski glaubt fälschlicherweise, die Reisefreiheit für DDR-

Bürgerinnen und Bürger sei gerade beschlossen worden. Plötzlich ist die Grenze zur Bundesrepublik Deutschland offen. Daraufhin strömen Tausende Menschen nicht nur in Ost-Berlin an die Grenzübergänge. Lange Schlangen des in der DDR begehrten Kleinwagens „Trabant“ und des größeren „Wartburg“ bilden sich vor den Grenzübergängen, auch zwischen dem thüringischen Wartha und dem hessischen Herleshausen. Bewegende Szenen spielen sich ab, die in den Radio- und Fernsehprogrammen live übertragen werden. Freunde und Verwandte treffen sich nach Jahrzehnten wieder. Viele können ihr Glück kaum fassen. Knapp elf Monate später stimmt die Volkskammer, das Parlament der DDR, für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990.

HESSEN UND THÜRINGEN

Bis ins 13. Jahrhundert gehört Hessen noch zur Landgrafschaft Thüringen. Die heilige Elisabeth, Witwe des Thüringer Landgrafen, lebt in Marburg. Nach ihrem Tod wird die Elisabethkirche gebaut. Erst 1247 entsteht die Landgrafschaft Hessen. Die Verbindungen zwischen Hessen und Thüringen bleiben danach eng. Ein berühmtes Beispiel ist der Dichter Johann Wolfgang von Goethe, der aus seiner Geburtsstadt Frankfurt 1776 nach Weimar zieht. Nach dem Fall der Mauer helfen hessische Politikerinnen und Politiker beim Aufbau von demokratischen Strukturen in Thüringen und es gibt sogar Überlegungen, beide Länder zu einem neuen Bundesland zu fusionieren. Ernsthaft erwogen wird es allerdings nicht. Zwischen 1989 und 1993 stellt die Hessische Landesregierung 270 Millionen D-Mark zur Verfügung, die vor allem in den Aufbau von Verwaltung und Justiz, in den Umwelt- und Denkmalschutz, in das Gesundheitswesen und in die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur fließen.



Wappen von Hessen und Thüringen

HESSEN UND DIE EUROPÄISCHE UNION

Durch die Glasnost-Politik des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow verändern sich die Macht- und Kräfteverhältnisse in Europa grundlegend. Für die Bundesrepublik Deutschland mit den fünf neuen Bundesländern und für Europa hat das weitreichende Folgen, denn damit ist der Weg frei für neue Formen der Zusammenarbeit und die Gründung der Europäischen Union 1992 mit dem Vertrag von Maastricht. Hessen liegt nun durch den

Wegfall der innerdeutschen Grenze nicht mehr am Rand der westlichen Welt, sondern mitten in einem demokratischen Europa mit einem großen Binnenmarkt, dem Wegfall von Grenzkontrollen und einer von vielen Staaten eingeführten gemeinsamen Währung, dem Euro. Über die Direktwahl bestimmen alle Bürgerinnen und Bürger von Hessen die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments mit.

Mehr historische
Meilensteine gibt es hier



RECHT AUF ASYL

Viele Menschen, die wegen Krieg und politischer Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen müssen, suchen in der Europäischen Union Schutz und kommen auch nach Hessen. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist festgeschrieben, dass es für sie ein Recht auf Asyl gibt. Das hat Gründe, die in die NS-Zeit zurückreichen. Denn während der nationalsozialistischen Diktatur mussten etwa eine halbe Million Deutsche als Jüdinnen und Juden oder politisch Verfolgte fliehen und in anderen Staaten um Aufnahme bitten. Diese Erfahrungen führen dazu, dass es im Grundgesetz in Artikel 16a heißt:

**Politisch Verfolgte genießen
Asylrecht.**

In Hessen ist die erste Station für Asylsuchende, denen die Einreise erlaubt wurde, das „Ankunftszentrum Gießen“. Das gilt auch für Geflüchtete, die über den Frankfurter Flughafen kommen, der eine EU-Außengrenze ist. Die Geschichte der Gießener Einrichtung beginnt in den ersten Nachkriegsjahren. Sie wird im „Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmелager Gießen“ dokumentiert. Die erste und einzige landeseigene Gedenkstätte dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland wird am 17. Juni 2025 eröffnet. Sie befindet sich in den Gebäuden des ehemaligen Notaufnahmелagers am Gießener Meisenbornweg. 2018 ist die Erstaufnahmeeinrichtung in die Rödgener Straße umgezogen.

VOM NOTAUFNAHMELAGER ZUM ANKUNFTSZENTRUM

Zunächst sind es Vertriebene aus dem Sudetenland und den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs, für die ab 1946 provisorische Unterkünfte errichtet werden. Aber bald kommen vor allem Übersiedlerinnen und Übersiedler sowie Geflüchtete aus der DDR, die das Gießener Notaufnahmelager durchlaufen. Es ist zunächst eins von drei Lagern im Westen, die beiden anderen werden nach dem Mauerbau 1961 geschlossen bzw. zurückgebaut. Bis zur deutschen Wiedervereinigung ist Gießen für mehr als 900.000 Geflüchtete und Übersiedlerinnen und Übersiedler die erste Anlaufstelle im Westen. Danach werden in der Einrichtung Kriegsgeflüchtete aus Jugoslawien betreut. Eine neue Aufgabe erhält die „Hessische Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gießen“ 1993, als sie zur zentralen Anlaufstelle für Geflüchtete und Asylsuchende in Hessen wird. 2016 wird das Ankunftscenter Gießen eröffnet, in dem Bundes- und Landesbehörden sowie kommunale Behörden zusammenarbeiten. Mehr als 154.000 Menschen finden in der Aufnahmeeinrichtung des Landes Hessen zwischen 2015 und 2021 vorläufige Unterkunft.

Von Gießen aus werden alle, die vorläufig in Hessen bleiben sollen, durch das Regierungspräsidium Darmstadt auf die 26 Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Im Jahr 2024 werden 14.772 Asylsuchende in Hessen registriert. Die meisten stammen aus Afghanistan, Syrien und der Türkei, außerdem aus Somalia, Eritrea, Äthiopien, dem Iran, dem Irak und Algerien. In Gießen kommen auch Männer, Frauen und Kinder aus der Ukraine an, die vor der russischen Aggression geflohen sind. Bisher etwa 100.000, die in Hessen eine Aufnahme finden.



Haus „Sachsen“ im Notaufnahmelager Gießen in den 1960er-Jahren (Bild: Stadtarchiv Gießen, Foto- und Bildersammlung)

EINE PUPPE IM ROSA STRAMPELANZUG

Was es heißt, aus einem krisen- und kriegsgeschüttelten Land zu fliehen, wird ebenfalls in dem neuen Gießener Lern- und Erinnerungsort dokumentiert. In einer Vitrine ist eine Puppe im rosa Strampelanzug zu sehen. Sie gehört der Tochter von Mohammad Sowaid. Die damals Achtjährige flieht 2015 mit ihrem Vater aus Syrien. Auf ihrer Odyssee durch mehrere Länder wollen sie von der Türkei aus mit einem Boot über das Mittelmeer nach Griechenland, obwohl das Mädchen schreckliche Angst vor dem Wasser hat. Das Boot sinkt und erst nach sechs Stunden werden sie gerettet. Trotzdem wagen sie einen neuen Versuch, der gelingt. In Griechenland erhält das Mädchen diese Puppe geschenkt, weil ihre aus Syrien mitgenommene bei der Flucht über das Meer verloren gegangen ist. Nach weiteren Strapazen erreichen sie schließlich Deutschland und werden in Gießen registriert, wo sich Sowaid heute in dem Verein „An.ge.kommen e. V.“ für Geflüchtete einsetzt.

In Hessen leben rund zwei Millionen Menschen mit einer Migrationsgeschichte. Die Landesregierung fördert die Integration von Geflüchteten mit verschiedenen Programmen, um die Partizipationschancen weiter auszubauen und zu festigen, zum Beispiel mit „WIR - Vielfalt und Teilhabe“. Um den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden, wird bereits 2015 der Hessische Asylkonvent mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Organisationen und Verbänden gegründet. Den Rahmen bildet dabei seit 2023 das „Hessische Integrations- und Teilhabegesetz“, das der „Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt“ verbindliche Regeln vorgibt. Das alles funktioniert aber nicht ohne die Arbeit der Ehrenamtlichen, die sich, wie Mohammad Sowaid, in hessischen Landkreisen, Städten und Gemeinden für Geflüchtete einsetzen und ihnen dabei helfen, sich in einem neuen Land und in einer neuen Sprache zurechtzufinden. Mitarbeit ist dringend erwünscht.



Puppe im rosa Strampelanzug (Bild: Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen)

HESSSEN AT ITS BEST



Weltweit führend in Cybersicherheit und Datenschutz: das Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (SIT) in Darmstadt (Bild: Fraunhofer SIT)

„AN HESSEN FÜHRT KEIN WEG VORBEI“

So wirbt das Land für sich selbst. Selbstbewusst, augenzwinkernd – und vollkommen korrekt. Hessen liegt mitten-drin, in Deutschland und in Europa. Deshalb kommt schon rein geografisch niemand auf dem Weg von Nord nach Süd oder von West nach Ost an Hessen vorbei. Auch wer ins Ausland fliegt, hebt meist in Frankfurt ab. Hessen hat viel zu bieten. Und manchmal etwas mehr, Einzigartiges oder Erstaunliches. Unverwechselbar Hessen eben.

ZUKUNFTSMACHER

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind die Zukunftswerkstätten Hessens. Hier entstehen Innovationen – und Lösungen für brennende Themen. Im Blick haben die Forscherinnen und Forscher Fragen zu Klimaschutz, Gesundheit, Frieden, Armut, Migration und Völkerrecht, Digitalisierung und zur Künstlichen Intelligenz (KI). Seine klugen Köpfe fördert Hessen gezielt, Spitzenforschung etwa mit dem Programm LOEWE.

Zukunftswissen entsteht auch hier:

Am **Kassel Institute for Sustainability** forschen und lehren Expertinnen und Experten aus Natur, Technik, Kultur und Recht zum Thema Nachhaltigkeit.

Die Agenda „**KI made in Hessen**“ beschäftigt sich mit den Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz. Ein Vorzeigeprojekt ist „Hessian AI“ an der TU Darmstadt, wo 13 Hochschulen Hessens gemeinsam mit Unternehmen konkrete Anwendungen von KI erarbeiten.

Noch im Bau ist FAIR, die gigantische Forschungsanlage am **GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung** in Darmstadt. Kern der Anlage ist ein 1,1 Kilometer langer Beschleunigerring, in dem tonnenschwere Magneten kleinste Teilchen auf nahezu Lichtgeschwindigkeit bringen. So können zum Beispiel Sternexplosionen im Labor erforscht werden.

KULTURREICH

Hessens Museumsszene ist mit gut 400 Häusern und Sammlungen vielfältig. Das MOMEM (Museum für elektronische Musik) in Frankfurt etwa präsentiert House, Hiphop und Techno und wird mit Konzerten regelmäßig zum Club. Direkt am Main findet man in Frankfurt ein ganzes „Museumsufer“, gegründet 1984 und bis heute einzigartig. Da gibt es nebeneinander Mittelalter und Moderne im Städel, Design im MAK (Museum Angewandte Kunst) oder Film-Geschichte(n) inklusive Kino im DFF (Deutsches Filmmuseum). Endlich Spaß an Zahlen verspricht das welterste mathematische Mitmach-Museum Mathematikum in Gießen, mit allen Sinnen experimentieren lässt sich in Schloss Freudenberg in Wiesbaden. Für Jugendstil fährt man zur Mathildenhöhe in Darmstadt, für Rituale rund um Trauern und Bestattung ins Museum für Sepulkralkultur in Kassel.

Jugendstil, Mathildenhöhe Darmstadt, Hochzeitsturm von Josef Olbrich (Bild: Urheber: Thomas Wolf, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hochzeitsturm_Darmstadt_2022_\(100MP\).jpg?uselang=de](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hochzeitsturm_Darmstadt_2022_(100MP).jpg?uselang=de), ausgeschnitten von HLZ, CC BY-SA 3.0 DE)



STARK AUFGESTELLT

Ob internationale Konzerne, traditionelle Industrie, Familienbetrieb oder ideenreiche Gründerszene: Hessens Wirtschaft ist stark aufgestellt.

Finanzkraft

Mehr als 64.000 Beschäftigte in gut 200 Kreditinstituten machen Frankfurt zu einem der wichtigsten Finanzzentren der Welt.

Mit der Europäischen Zentralbank (EZB) sitzt die gemeinsame Währungsbehörde der Europäischen Union und ihrer 27 Mitgliedsstaaten am Main. Sie hält vor allem den Euro stabil und kontrolliert die Geldmengen in den Euro-Ländern.

Die Frankfurter Börse ist einer der weltweit wichtigsten Handelsplätze für Wertpapiere.

Logistik

Ob Speditionen, Paketdienstleister oder Versandhändler – dank guter Verkehrswege ist Nordhessen ein Zentrum der Logistikbranche. Jede und jeder zehnte Arbeitnehmende der Region ist hier beschäftigt, so viele wie bundesweit nirgendwo sonst.

Bulle und Bär auf dem Frankfurter Börsenplatz (Bild: Urheberin: Eva Kröcher, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bulle_und_B%C3%A4r_Frankfurt.jpg?uselang=de, ausgeschnitten und coloriert von HLZ, CC BY-SA 2.5)

Industrie

In den Industrieparks Kalle-Albert in Wiesbaden und Höchst in Frankfurt produzieren Global Player der Chemie- und Pharmabranche. In der Spitzenliga spielt auch Merck in Darmstadt, das 1668 als Apotheke entstand und als das älteste Chemie- und Pharmaunternehmen der Welt gilt.



Mehr Storys und mehr Köpfe auf der HLZ-Webseite



WELTKUNSTSCHAU

Ebenfalls in Kassel versammelt sich alle fünf Jahre die internationale Kunstwelt zur documenta. 1955 gründet Arnold Bode die heute größte Weltausstellung zeitgenössischer Kunst, um Künstlerinnen und Künstler, deren Werke von den Nationalsozialisten verboten werden, wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Bis heute präsentiert die documenta einen Überblick aktueller Kunst. 2027 wird Kassel wieder für 100 Tage zur Bühne für Kunstwerke, die mal begeistern, mal empören, und von denen eines in der Stadt bleibt. Wie die „7000 Eichen“, die Joseph Beuys ab 1982 in ganz Kassel pflanzen ließ.

Aufwärts: Die Kasseler lieben den „Himmelsstürmer“ von US-Künstler Jonathan Borofsky, der seit der documenta 1992 mitten in der Stadt symbolisch stark vorangeht – Richtung Zukunft, mit Schwung und Unternehmungslust. (Bild: Urheber: Ralf Roletschek, https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d9/15-06-12-Himmelsst%C3%BCrmer-Kassel-N3S_7945.jpg, ausgeschnitten von HLZ, GNU 1.2)



ALLE WETTER!

Deutschlands Wetter wird in Hessen gemacht. Seit 1952 liefert der Deutsche Wetterdienst (DWD) aktuelle meteorologische Daten aus seiner Zentrale in Offenbach. Gratis für jedermann, von Pollenflug bis Unwetterwarnung. Und gezielt aufbereitet für Wirtschaftszweige, die abhängig vom Wetter sind: Landwirte etwa, Energieerzeuger, die Strom mit Sonne oder Wind produzieren, und Katastrophenschutz, die angesichts zunehmender Starkregen oder Extremhitze bei Hochwasser oder Waldbrand rasch handeln müssen. Längst sind die Offenbacher Wetterforscher auch gesellschaftspolitisch gefragt: als Berater von Regierungen, Umweltschutz und internationalen Klimakonferenzen.

HEISSZEIT

Kaum zu glauben: Vor 18 Millionen Jahren liegt das größte geschlossene Vulkangebiet Mitteleuropas in Hessen. Unter dem Vogelsberg, dem Mittelgebirge, das zwischen Fulda, Alsfeld und Büdingen mit sanften Hügeln, Wäldern, kleinen Flüssen und einer reichen Tier- und Pflanzenwelt zum Wandern und Radeln einlädt, brodelte es gewaltig. Auf 2.500 Quadratkilometern strömte glühende Lava aus Erdspalten und Schloten, mal fliegen auch Gesteinsbrocken explosionsartig in die Luft. Von Hessens Heißzeit zeugen heute noch Schichten erkalteter Lava, die sich als Basaltformationen bizarr aus der Landschaft erheben.

Die glücklichste Stadt Deutschlands ist Kassel. 2025 steht die Stadt zum zweiten Mal in Folge an der Spitze eines Rankings unter 40 Großstädten. Drei Gründe, sagen die Kasselerinnen und Kasseler, führen zum Glück: Die Stadt sei grün, sicher und überschaubar.

Die erste Kultkamera der Welt ist die „Leica I (A)“. Entwickelt wird sie in Wetzlar, Firmensitz von Leica und Zentrum der hessischen Optik-Industrie. 2022 wird dort ein Prototyp der ersten Leica versteigert – für 14,4 Millionen Euro die teuerste Kamera der Welt.

Der älteste und längste Schiffstunnel Deutschlands liegt unterhalb von Weilburg. Die 195-Meter-Röhre durch das Felsgewölbe kürzt zwei Flusskilometer Lahn ab. Was bei der Eröffnung 1847 den Gütertransport erleichterte, ist heute Freizeitspaß für Paddler.



Die längste Fußgängerhängebrücke Deutschlands ist der „Skywalk“ in Willingen. Mit dem 665-Meter-Bauwerk lockt der einstige Wintersport-Hotspot Touristen auch in schneefreien Zeiten nach Hessen. Nervenkitzel garantiert, weil „freischwebend“.

Bild: Skywalk Willingen

GROSSE GEFÜHLE

Die Herzen von Hessens Fußballanhängerinnen und -anhängern schlagen wahlweise für Wehen Wiesbaden, für die Darmstädter Lilien, für die Offenbacher Kickers oder für ihre lokalen Vereine. In der Ersten Bundesliga aber jubeln alle gemeinsam für, na klar, die Eintracht. Und zwar gleichermaßen für die Fußballer und die Fußballerinnen mit dem Adler-Logo auf dem Trikot. 2020 fusioniert Hessens höchst erfolgreicher 1. FFC (Frauen-Fußball-Club) Frankfurt mit dem Traditionsverein der Stadt, seitdem spielen auch die Spitzenfußballerinnen unter dem Herzens-Label „Eintracht“. Zuvor schon setzen die Ballkünstlerinnen im 1998 gegründeten 1. FFC Frankfurt Maßstäbe im internationalen Frauenfußball. Vier Champions-League-Siege, darunter der erstmals ausgetragene UEFA Women’s Cup 2002, sieben Deutsche Meisterschaften und neun DFB-Pokalsiege machen die Frankfurterinnen zum erfolgreichsten deutschen Fußballverein. Stars des Teams sind

die dreifache Weltfußballerin Birgit Prinz und Nia Künzer, die seit 2024 Sportdirektorin für den Frauenfußball beim DFB in Frankfurt ist. Die männlichen Adler-Kicker sind 1963 Gründungsmitglied der Fußball-Bundesliga. Inzwischen krönen zahlreiche nationale und internationale Pokale und Titel den Erfolg der Frankfurter Profis.



Seit Langem gilt der Fan-Jubel auch Hessens höchst erfolgreichen Frauenfußballerinnen (Bild: Credit IMAGO / Sports Press Photo)

HIMMELSTÜRMER

Richtung Himmel zieht es so manche Hessen schon immer. Die Offenbacher Schneiderin Käthchen Paulus macht bis in die 1910er-Jahre Karriere als „Primadonna der Lüfte“ mit abenteuerlichen Ballonfahrten und Fallschirmsprüngen, auch im Frankfurter Zoo. Ganz professionell hat die European Space Agency (ESA) von Darmstadt aus den Himmel im Blick. Die Expertinnen und Experten der Europäischen Weltraumorganisation, die im dortigen „Europäischen Satellitenkontrollzentrum (ESOC)“ tätig sind, steuern und überwachen die ESA-Satelliten, mit deren Unterstützung wertvolle Daten für die Wissenschaft am Boden gesammelt werden, etwa

zu Klimaschutz oder weltweiten Verkehrsströmen. Außerdem kümmern sie sich um die Weltraumsicherheit: So beobachten sie das Weltraumwetter und die Flugbahnen von Weltraumschrott oder Asteroiden, um möglichst früh Gefahren für Satelliten und die Erde abwenden zu können.

Bild: Urheber: Thomas Wolf, https://commonsAC.wikimedia.org/wiki/File:Skyline_Frankfurt_am_Main_2015.jpg, ausgeschnitten von HLZ, CC BY-SA 3.0 DE



Der wichtigste Literaturpreis Deutschlands ist der Georg-Büchner-Preis. Mit seinen 50.000 Euro Preisgeld ehrt die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt Autorinnen und Autoren für ein auf Deutsch verfasstes Gesamtwerk.

Die integrativste Stadt ist Offenbach. Gut 145.000 Einwohnerinnen und Einwohner aus 163 Nationen leben hier dank guter Integrationsarbeit harmonisch miteinander. Damit ist Offenbach in Deutschland die Großstadt mit dem höchsten Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund. Zugleich ist die fünftgrößte Stadt Hessens laut Kriminalstatistik 2025 auch dessen friedlichste.

Die schönste Skyline Europas nennen die Frankfurter die Wolkenkratzer-Silhouette der Mainmetropole. Mit mehr als 40 Hochhäusern über 100 Meter ist sie zugleich Deutschlands größte – und für Architektur-Fans auch die markanteste.

Die flüchtigsten Hessen sind Hassium und Darmstadtium, zwei nur künstlich herstellbare chemische Elemente. Erstmals nachgewiesen 1984 und 1994 in Darmstadt – daher die Namen – waren sie kurz darauf schon wieder zerfallen, denn die Halbwertszeit dieser radioaktiven Isotope beträgt nur Sekunden.

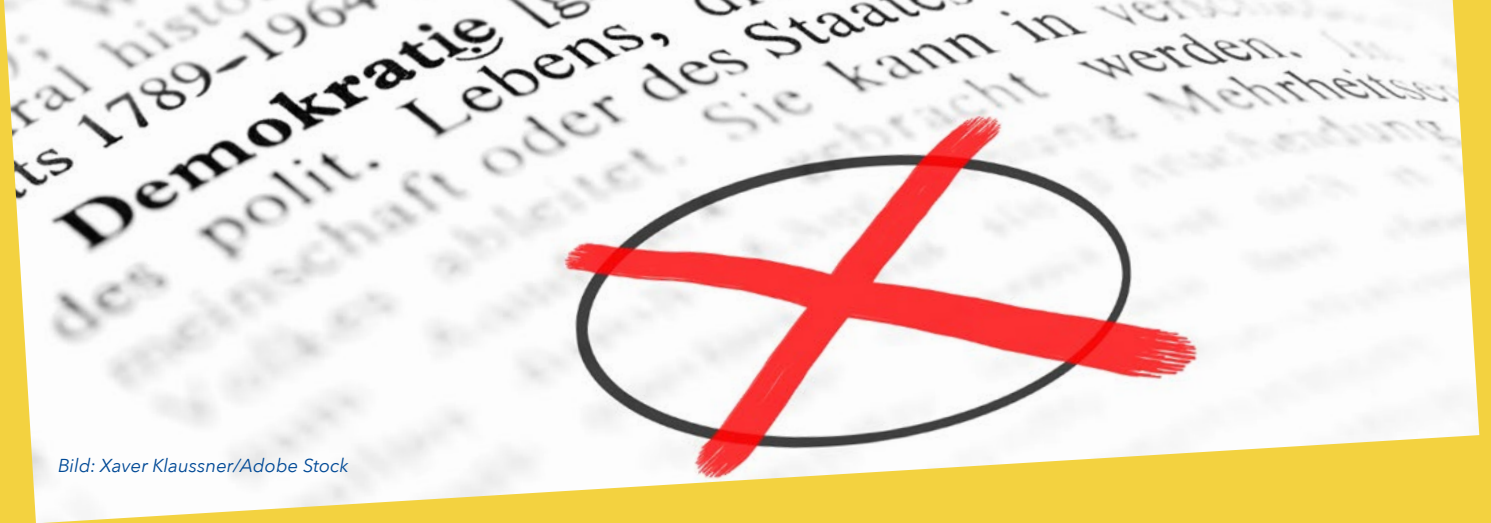


Bild: Xaver Klaussner/Adobe Stock

DIE WEHRHAFTE DEMOKRATIE

Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Solidarität – diese grundlegenden demokratischen Werte haben sich als Bausteine für ein friedliches Miteinander bewährt. Dennoch gibt es Menschen, die mehr Macht für sich und weniger Rechte für einzelne Gruppen in der Gesellschaft wollen. Sie machen Stimmung und säen Hass – gegen Menschen mit anderer Hautfarbe, anderen Lebensformen, mit anderen Religionen und politischen Meinungen. Doch die Demokratie darf und muss sich gegen verfassungsfeindliche sowie staatsgefährdende Ansichten und Angriffe wehren.

DAS KONZEPT WEHRHAFTE DEMOKRATIE

Die Idee der wehrhaften Demokratie entsteht aus der historischen Erfahrung, dass die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 auf legalem Weg innerhalb einer demokratischen Ordnung erfolgen kann. Als Reaktion darauf wird nach 1945 ein

demokratisches System geschaffen, das sich durch aktive Abwehrmechanismen gegen Extremismus und Verfassungsfeinde auszeichnet, um die freiheitliche Grundordnung dauerhaft zu schützen.

IHRE AKTEURE IN HESSEN

Die Akteure der wehrhaften Demokratie in Hessen sind sowohl staatliche als auch gesellschaftliche Institutionen. Dazu gehören die Verfassungsschutzbehörden, insbesondere das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, das verfassungsfeindliche Bestrebungen beobachtet und analysiert. Ebenso tragen Justiz, Polizei und Staatsanwaltschaften Verantwortung, indem sie rechtliche Maßnahmen gegen extremistische Aktivitäten umsetzen.

Parlamente und Regierungen sichern durch Gesetzgebung, Verwaltung und politische Bildungsarbeit die Grundlagen des demokratischen Systems. Ergänzt wird dieses institutionelle Gefüge durch zivilgesellschaftliche Akteure wie Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen und Initiativen, die demokratisches Bewusstsein fördern und zur Abwehr extremistischer Tendenzen beitragen.



DIE GRÖSSTE GEFAHR

Die Entwicklung sei alarmierend, sagt Hessens Innenminister Roman Poseck bei der Vorstellung des jährlichen Verfassungsschutzberichtes im Herbst 2025. Die größte Gefahr für die Demokratie bleibe der Rechtsextremismus. Vor allem die Gewaltbereitschaft habe zugenommen: Von 2023 auf 2024, also innerhalb nur eines Jahres, sei die Zahl von rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten von 1.445 auf 1.997 gestiegen. Das sei ein neuer Höchstwert.

Die Extremistinnen und Extremisten werden immer jünger und radikalieren sich immer häufiger in den sozialen Medien. Zunehmend wird auch in Hessen die LGBTQIA+-Community* zum Ziel für extremistische Übergriffe, etwa durch queerfeindliche* Posts auf Online-Plattformen, oder durch Gegenveranstaltungen, wie im Sommer 2025 beim mittelhessischen „Christopher Street Day“ (CSD)* in Wetzlar. Dort folgten Protestierende einem Aufruf der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ (früher NPD) und stören die CSD-Parade mit rassistischen Parolen.

*** Was die Abkürzungen und Begriffe bedeuten und noch viele weitere Infos gibts hier**



Bild rechts: Walter Lübcke (Bild: Urheber: Regierungspräsidium Kassel, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bild_Dr._Walter_L%C3%BCcke.jpg, ausgeschnitten von HLZ, CC BY-SA 3.0)

RECHTER TERROR IN HESSEN

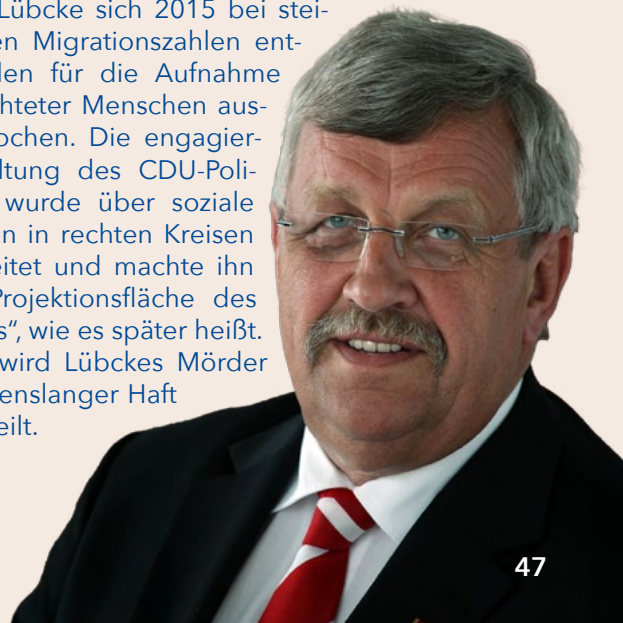
Zwei besonders kaltblütige Fälle von Rechtsterrorismus erschüttern Hessen 2019 und 2020.

Der rassistische Terroranschlag von Hanau

Am Abend des 19. Februar 2020 erschießt ein 43-jähriger Bankkaufmann innerhalb von zehn Minuten neun Menschen an sechs verschiedenen Tatorten in Hanau. Sein Motiv: Rassismus. Der Täter hatte die Morde akribisch geplant und Wochen zuvor ein Schreiben auf seiner Webseite hochgeladen, das Verfolgungswahn und ein von Verschwörungsfantasien durchzogenes rassistisches Weltbild offenlegt. Die Ermittler gehen davon aus, dass er die Tat allein durchgeführt hat. Nach den Morden tötet er seine Mutter und sich selbst.

Der Mord an Walter Lübcke

In der Nacht auf den 2. Juni 2019 wird der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfshagen von einem rechtsextremen Attentäter aus nächster Nähe erschossen. Als Motiv nennt der Täter danach Lübckes Einsatz für Geflüchtete. Als Regierungspräsident hatte Lübcke sich 2015 bei steigenden Migrationszahlen entschieden für die Aufnahme geflüchteter Menschen ausgesprochen. Die engagierte Haltung des CDU-Politikers wurde über soziale Medien verbreitet und machte ihn „zur Projektionsfläche des Hasses“, wie es später heißt. 2021 wird Lübckes Mörder zu lebenslanger Haft verurteilt.



GEWALT VON LINKS

Besorgniserregende Zahlen und politische Entwicklungen lenken den Blick aktuell auf Bedrohungen der Demokratie von ganz rechts. Dabei rückt in den Hintergrund, dass auch linker Extremismus und Terrorismus eine Spur von Gewalt in Hessens Nachkriegsgeschichte hinterlassen haben. Angriffe von ganz links richten sich vor allem gegen die kapitalistische Wirtschaftsform, die, so die Kritik, zu sozialer Ungleichheit führe. Eine solche Haltung bedroht die freiheitlich-demokratische Grundordnung, weil diese nach Ansicht radikaler Linker den

Kapitalismus erst ermögliche. Wichtig ist dabei, zwischen historischem Linksterrorismus und modernen Formen des Linksextremismus zu unterscheiden. Während der Linksterrorismus der 1970er- und 1980er-Jahre - etwa durch die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) - auf bewaffneten Kampf und revolutionäre Umstürze setzte, äußern sich heutige Formen des Linksextremismus häufig in militanten Protesten, gezielten Angriffen auf politische Gegner oder ideologisch motivierten Cyberaktionen.

WIE DER STAAT DIE DEMOKRATIE SCHÜTZT

Frühwarnsystem

Ein Akteur zum Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ist das Landesamt für Verfassungsschutz. Es ist eine Art Frühwarnsystem für Gefahren wie extreme politische Positionen, extreme religiöse Positionen, Spionage oder organisierte Kriminalität wie Menschenhandel oder Drogengeschäfte.

Damit der Verfassungsschutz bei seiner Arbeit nicht selbst Grundrechte wie den Schutz der Privatsphäre oder das Fernmeldegeheimnis verletzt, sind seine Befugnisse gesetzlich klar begrenzt. Er besitzt keine polizeilichen Zugriffsrechte, sondern darf ausschließlich beobachten, analysieren und Informationen sammeln. Im Idealfall erkennt der Verfassungsschutz frühzeitig, welche Aktivitäten extremistische Einzelpersonen, Gruppierungen oder Strukturen planen.

Gemeinsam gegen Extremismus

Beim Schutz der Demokratie tragen Staat und Gesellschaft gemeinsam Verantwortung. Neben den staatlichen Institutionen sind insbesondere die gewählten Politikerinnen und Politiker gefordert, demokratische Prinzipien zu wahren und entschlossen gegen verfassungsfeindliche Tendenzen vorzugehen. Ebenso wichtig ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die durch politische Teilhabe, kritisches Urteilsvermögen und Zivilcourage dazu beitragen, demokratische Werte im Alltag zu sichern und zu stärken. Auf Mitwirkung setzt Hessens Regierung gezielt im Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Das Programm fördert seit 2015 - und noch bis 2029 - Projekte in Schulen, Gemeinden oder Vereinen, die politische Bildung, den Umgang mit Antisemitismus oder mit extremistisch denkenden Menschen stärken.



Demokratie zum Anfassen. Die Paulskirche (Bild: Foto: C. Krienke, Landesamt für Denkmalpflege Hessen.)

WAS WIR ALLE TUN KÖNNEN

Soziale Medien bewusst nutzen

Instagram, TikTok, Facebook, X oder YouTube schenken uns großartige Freiheiten. Wir können jederzeit mit jedem in Kontakt treten, wir wissen, was Freunde und Stars machen, wo Konzerte, Klimademos oder Partys stattfinden. Und nebenbei erfahren wir auch noch, was der Bundestag beschlossen oder wer eine Wahl gewonnen hat. Klar, wo alle sind, da wollen auch alle diejenigen sein, die etwas zu melden, zu sagen oder zu verkaufen haben, egal ob Outfits oder Politik.

Doch Vorsicht, darin steckt eine Gefahr. Social-Media-Nutzerinnen und -Nutzer werden von Extremisten im Netz geködert – mit einfach formulierten Botschaften.

Deshalb:

- ⓘ **Fakten können Fake News sein.** Besser noch mal in anderen Medien, bei Eltern oder Lehrkräften nachfragen.
- ⓘ **Likes und Klickzahlen stehen nicht für Wahrheit oder Qualität.** Besser kritisch bleiben.
- ⓘ **Wer oft auf denselben Plattformen oder mit ähnlichen Themen unterwegs ist, dessen Feed wird zur Filterblase.** Besser regelmäßig raus aus der digitalen Echokammer.

Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft

Sich zu erinnern bedeutet, Geschichte lebendig zu halten. Das gilt für die Geschichte einer Familie und für die eigene Biografie. Ebenso gilt das auch für die Geschichte eines Landes oder eines politischen Systems. In beiden Fällen hat die Erinnerung kostbaren Wert: Das Gute einer Geschichte kann man weitergeben. Gleichermaßen kann man erkennen, was und warum etwas nicht gut gelaufen ist und wie man politische Fehlentwicklungen künftig vermeidet.

An die Opfer erinnern

Über die Schrecken und die politischen, rassistischen oder religiösen Opfer der Nazi-Diktatur informieren in Hessen zahlreiche Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Viele dieser Einrichtungen sind das Ergebnis geschichtlicher Detektivarbeit: Seit den 1980er-Jahren bringen Geschichtsvereine, politische oder kirchliche Organisationen, Gemeinden, Schulen sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger Licht in die lokalen und regionalen Geschehnisse zwischen 1933 und 1945. Auf hessischem Gebiet befand sich zwar keines der großen Konzentrationslager, aber eine Reihe von Zwangseinrichtungen. Sie informieren heute Jugendliche und Erwachsene mit Ausstellungen, Führungen und Publikationen.

Mehr Fakten,
Erklärungen und
Tipps gibt es online



DEMOKRA- TIE WILL GELEBT WERDEN

**„DIE STAATSGEWALT
LIEGT UNVERÄUSSER-
LICH BEIM VOLKE.“**

So heißt es in der Hessischen Verfassung. Das bedeutet: Der Staat ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Demokratie lebt davon, dass alle mitmachen, auch Kinder und Jugendliche. Deshalb verlangt die Hessische Verfassung, dass junge Menschen mitentscheiden können: in der Schule, in der Kommunalpolitik, in Vereinen, in sozialen Projekten und in der Freizeit. Möglichkeiten dazu gibt es reichlich in Hessen.

WARUM WIR IM FSSJH MITMACHEN:

JUNG UND ENGAGIERT

Die ehrenamtliche Arbeit in einer Schülervertretung kann in Hessen auch als Freiwilliges Soziales Schuljahr (FSSJH) anerkannt werden. Jeweils neun Monate lang engagieren sich Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren in hessischen Landkreisen und der Stadt Kassel in ihrer Freizeit in sozialen, kulturellen, ökologischen und sportlichen Einrichtungen oder Vereinen. Da werden zum Beispiel in Seniorenheimen die Älteren bei Computerfragen unterstützt und Workshops gegen den Enkeltrick angeboten, bei den Tafeln Lebensmittel ausgegeben, Hausaufgaben betreut, mit Kindern von Geflüchteten Deutsch geübt oder die Jugendfeuerwehr mitorganisiert. Nach 80 Stunden freiwilligem Einsatz winkt ein Zertifikat, das bei Bewerbungen gern gesehen wird. Aber viel wichtiger noch sind die persönlichen Erfahrungen, die bei den Einsätzen zum Gemeinwohl gemacht werden können.

MITBESTIMMEN IN DER SCHULE

Klassensprecherwahl

Die Wahl von Klassensprecherin oder Klassensprecher ist nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern der erste Schritt in Richtung „echte Demokratie“. Schülerinnen und Schüler entscheiden selbst, wer für sie die Stimme erhebt – ob es um Klassenprojekte geht oder wenn es mal Stress mit Lehrkräften gibt.

Schülerrat

Die gewählten Klassensprecherinnen und Klassensprecher bilden gemeinsam den Schülerrat. In diesem Gremium werden Themen und Anliegen aus den einzelnen Klassen besprochen und gemeinsam vertreten.

Es macht mir Spaß,
anderen Menschen zu helfen
und die Herausforderungen,
die dabei auftauchen,
erfolgreich zu bestehen.
Das hat mein Selbstvertrauen
enorm gestärkt.

– Stimme aus dem Main-Kinzig-Kreis

Das FSSJH ist für mich auch wichtig,
weil ich erfahre, wie mein späterer
Beruf aussehen könnte. Und das
wirkt gut in meinem Lebenslauf,
wenn ich ein Auslandssemester
machen möchte oder mich für ein
Stipendium bewerbe.

– Stimme aus dem Main-Kinzig-Kreis

Wer daran Spaß gefunden hat, kann sich nach der Schulzeit für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) bewerben, das 1964 eingeführt wurde. Zehn Prozent eines Jahrgangs bis zum 27. Lebensjahr machen das in Hessen. Dafür stehen zusammen mit dem ähnlichen Bundesfreiwilligendienst (BFD) 7.500 Stellen in gemeinwohlorientierten Einrichtungen und Organisationen (wie zum Beispiel auch im Bereich der politischen Bildung bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung oder beim Hessischen Landtag) zur Verfügung.



In Hessen besteht auch die Möglichkeit, ein Freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) abzuleisten, um „grüne“ Berufe von der Land- und Forstwirtschaft über die Umweltbildung bis zur wissenschaftlichen Forschung kennenzulernen. Neben dem sozialen Engagement und der Übernahme von Verantwortung helfen die in der Regel zwölf Freiwilligen-Monate auch bei der persönlichen und beruflichen Orientierung. Dazu werden 25 Bildungstage angeboten, bei denen die FSJler ihre Erfahrungen austauschen können. Das Zeugnis als Ausweis, sich für die Gesellschaft aktiv einzusetzen, bringt für den weiteren Bildungs- oder Berufsweg praktische Vorteile. So wird der Freiwilligendienst als Wartezeit für einen Ausbildungs- oder Studienplatz angerechnet.



Zertifikatsübergabe an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Freiwilligen Sozialen Schuljahrs im Main-Kinzig-Kreis, zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern ihrer Einsatzstellen im September 2025 (Bild: Main-Kinzig-Kreis/Kreispressestelle)

Schülersprecherin und Schülersprecher

Aus dem Schülerrat wird die Schülersprecherin oder der Schülersprecher gewählt, die oder der bei wichtigen Schulkonferenzen ein Mitspracherecht hat. Sie können mitentscheiden, wie der Schulhof umgebaut wird, was in der Cafeteria auf den Teller kommt oder welche Aktionen gegen Diskriminierung, Mobbing oder für den Klimaschutz gestartet werden. Und sie halten regelmäßigen Kontakt mit der Schulleitung – führen also quasi „Chefgespräche“. Außerdem vertreten sie ihre Schule im Stadtschülerrat oder sogar im Landesschülerrat, der bei wichtigen, die Schulen betreffenden Angelegenheiten vom Kultusministerium gehört werden muss.

Kurz gesagt

Die Klassensprecherwahl ist nicht nur Symbolik – sie öffnet die Tür dazu, dass Schüler und Schülerinnen mitreden und mitbestimmen können bei Entscheidungen, die sie betreffen.



JUGEND DEBATTIERT

Hessisches Landesfinale 2025 von „Jugend debattiert“ im Wiesbadener Landtag (Bild: jugend debattiert / Stefan Daub)

Demokratie lebt vom Gespräch und dem respektvollen Miteinander-Streiten. Auch das lässt sich in der Schule lernen. Seit 2002 fördert die Gemeinnützige Hertie-Stiftung mit Sitz in Frankfurt am Main den fairen Wettstreit mit Argumenten in ihrem Schul-Wettbewerb „Jugend debattiert“, der unterdessen nicht nur in Hessen und der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch von Partnerschulen in über 35 Ländern durchgeführt wird. Der Wettbewerb wird in einer Unterrichtsreihe in der Klasse vorbereitet. Eine

vorgegebene Streitfrage bestimmt die Debatte. Der Sieger oder die Siegerin aus der Klasse nimmt an weiteren Ausscheidungsrunden bis hin zum Bundesfinale teil. Auch wer nicht siegt, gewinnt. Denn nicht nur das gut überlegte eigene Argumentieren steht im Mittelpunkt, sondern auch eine andere Sichtweise kennenzulernen und nach Konfliktlösungen zu suchen. 2025 beteiligten sich 120 Schulen in Hessen am Wettbewerb.

GEHÖRT WERDEN - DIE JUGEND-PARLAMENTE IN HESSEN

Um Kinder und Jugendliche ab 13 oder 14 Jahren an den Entscheidungsprozessen in der Kommunalpolitik zu beteiligen, haben viele Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen Jugendparlamente oder Jugendforen eingerichtet. Die Wahlen finden im Zwei-Jahres-Rhythmus an den Schulen statt. Gewählt werden kann jede oder jeder, unabhängig von Religion, Herkunft und Schulform. Mitglieder der Jugendvertretung dürfen bei für sie wichtigen Themen in den Kommunalparlamenten und deren Ausschüssen reden und auch Anträge stellen. In Wiesbaden war das Jugendparlament am Konzept zur Mülltrennung an Schulen und an der Planung neuer Fahrradwege beteiligt. Im Vogelsbergkreis hat das Jugendparlament einen Film gedreht, in dem Jugendliche darüber Auskunft geben, was für sie Demokratie bedeutet. Im Kreis Marburg-Biedenkopf setzt sich das Jugendparlament für junge Geflüchtete ein, die von Abschiebung bedroht sind. In Offenbach, wo das Kinder- und Jugendparlament schon Grundschulkindern offensteht, treffen sich Mitglieder regelmäßig im Jugendhilfeausschuss mit städtischen Entscheidungsträgern, um gemeinsam mit ihnen über ihre Angelegenheiten zu diskutieren. Das sind nur einige von vielen weiteren Beispielen. Die Arbeit der Jugendparlamente ist so vielfältig wie die Probleme und Wünsche, die vorgetragen werden, und wie ihre zahlreichen anderen Aktivitäten.



Zusammensetzung des Kreisjugendparlaments des Vogelsbergkreises (Bild: Kreisjugendparlament Vogelsbergkreis - Jugendamt Vogelsbergkreis, Sachgebiet Kinder- und Jugendbeteiligung.)

DIE JUGEND- ORGANISATIONEN DER PARTEIEN

In unserem Grundgesetz steht: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Das heißt, sie sind die treibende Kraft unserer Demokratie und geben unserem parlamentarischen System die Struktur. In ihren Programmen sammeln sich die verschiedenen Interessen und Meinungen. Politikerinnen und Politiker übernehmen Regierungsverantwortung oder stellen in den Parlamenten die Opposition. Die Parteien bieten allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, von den Kommunalparlamenten bis zum Bundestag Politik mitzubestimmen. Das gilt auch schon für Jugendliche, denn alle großen Parteien haben Jugendorganisationen, in denen man ab 14 Jahren Mitglied werden kann.

SO VIELE MÖGLICHKEITEN ...

Auch außerhalb von Parteien und Parlamenten können sich junge Menschen in Hessen politisch und gesellschaftlich engagieren: Bei Feuerwehren oder Rettungsdiensten steht das Helfen im Mittelpunkt. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Fridays for Future, Greenpeace oder Amnesty International machen sich für Umwelt, Klima oder Menschenrechte stark. Gewerkschaften kämpfen für faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne.

Das breiteste Spektrum an Möglichkeiten bieten die Vereine, von denen es in Hessen über 50.000 gibt. Allein der Landessportbund zählt über 2,2 Millionen Mitglieder. Etwa ein Viertel davon ist in Fußballvereinen organisiert, die auf ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen sind. Vereine sind ein Motor der Integration, weil sich dort unterschiedliche Kulturen und Religionen begegnen, aber alle gemeinsame Ziele haben.



**Weiterführende Hinweise
zu den Möglichkeiten, sich
als Jugendliche in Hessen zu
engagieren, finden sich hier**

*Makkabi Frankfurt mit rund 50
Feriencamps in acht Sportarten
für über 1.500 Kinder
(Bild: TuS Makkabi Frankfurt e.V.)*

INTEGRATION AKTIV VORLEBEN – TUS MAKKABI FRANKFURT

Der Turn- und Sportverein wurde 1965 in Frankfurt gegründet, um, wie es in der Satzung heißt, „die jüdische Kultur und Identität zu erhalten und zu fördern“. Er steht aber allen offen. Heute zählt er über 5.500 aktive Mitglieder aus 87 Nationen mit zwölf Religionen. In 28 Abteilungen werden Sportarten von Ballett über Tennis bis Yoga angeboten. Ziel des Vereins ist es, über den Sport Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenzubringen und damit kulturübergreifend Brücken zu bauen: „Bei uns ist kein Platz für Hass, Intoleranz und Ausgrenzung, wir sind vielfältig, tolerant, emotional.“ Makkabi Frankfurt bietet Jugendlichen zahlreiche Möglichkeiten, sich aktiv in die Vereinsarbeit einzubringen, auch im Rahmen von FSJ bzw. BFD.

IMPRESSUM

Konzeption und Text:

Sabine Königs, Hans Sarkowicz

Herausgeberin:

Hessische Landeszentrale für politische Bildung
Mainzer Straße 98-102
65189 Wiesbaden

hlz.hessen.de

Gesamtleitung:

Franziska Kiermeier

Redaktion:

Martin Seebohn, Lena Luckenbach,
Marie-Therese Schmidt

Bildrecherche:

Theresa Hechtfisher, Meret Paulsen

Grafik und Layout:

Aheads GmbH
Waller Stieg 3
28217 Bremen

Druck:

JVA Darmstadt

Redaktionsschluss:

November 2025

Auflage:

10.000 Exemplare

Trotz sorgfältiger Recherche ist es nicht immer möglich, alle Rechte an den Abbildungen zu klären. Sollten berechnete Ansprüche bestehen, so bitten wir freundlich, sich mit der Herausgeberin in Kontakt zu setzen.

